

Berlin wählt Nachhaltigkeit

Zur Abgeordnetenhauswahl 2011

2006 hat das damalige Abgeordnetenhaus in einem Beschluss die Berlin-Agenda zum Leitbild der Berliner Politik erklärt. Fünf Jahre später am 18. September wird in Berlin ein neues Abgeordnetenhaus gewählt.

Berlin 21 hat sich in Fragen zur Wahl an die im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien gewandt, um zu erfahren, welche Schritte zur Umsetzung der Berlin-Agenda bisher unternommen wurden und wie sich die Parteien die zukünftige Umsetzung und Weiterentwicklung vorstellen. Die Fragen orientieren sich an den Zielen, die in der Berlin-Agenda festgelegt wurden. Alle fünf befragten Parteien haben darauf schriftlich sehr ausführlich geantwortet.

Diese Broschüre dokumentiert unsere Fragen und die Antworten der Parteien. Sie bietet so eine gute Übersicht über die Sichtweise der Parteien zu den in Berlin wichtigen Aspekten einer nachhaltigen Entwicklung und kann so hoffentlich auch über das Wahldatum hinaus Ansätze einer zukunftsfähigen Stadtpolitik aufzeigen.

Wir hoffen außerdem mit unseren Fragen die Diskussion um die Umsetzung der Lokalen Agenda Berlin neu anzustoßen und insbesondere auch die Entwicklung eines Nachhaltigkeitsprogramms für Berlin zu befördern.

Am 30. August bieten wir ab 19.00 Uhr eine erste Plattform für diese Diskussion auf unserer Veranstaltung in den Räumen des DGB am Wittenbergplatz, Wilhelm-Leuschner-Saal, Keithstraße 1-3, Eingang Kleiststraße, 10787 Berlin.

Zu dieser Diskussion, für die alle fünf im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien zugesagt haben, möchten wir alle Interessierten recht herzlich einladen.

Vorstand Berlin 21 e.V.

Malte Schmidhals, Pia Paust-Lassen, Frank Mues

Inhaltsverzeichnis

Berlin wählt Nachhaltigkeit	1
I. Der Berliner Nachhaltigkeitsprozess	2
1) Mit welchen Maßnahmen und Projekten konnten Sie den Abgeordnetenhaus-Beschluss zur Lokalen Agenda 21 von 2006 bisher unterstützen?	3
2) Wie werden Sie das Jahrhundertleitbild „Nachhaltige Entwicklung“ über die nächsten fünf Jahre in Berlin umsetzen und in die wesentlichen Politikfelder integrieren?	5
3) Wie werden Sie Nachhaltigkeit auch in wesentlichen gesellschaftlichen Bereichen voranbringen, z.B. in der Wirtschaft und im Bildungsbereich?	6
4) Wo sind Ihre künftigen Schwerpunkte einer Berliner Nachhaltigkeitsstrategie?.....	9
5) Gibt es in Ihrer Landespartei und in Ihrer Fraktion Arbeitsgremien, die sich primär mit nachhaltiger Entwicklung befassen?	12
6) Wie würden Sie eine ressortübergreifende Arbeitseinheit in den Berliner Landesinstitutionen, aufbauen, die das Nachhaltigkeitsprogramm der Lokalen Agenda 21 umsetzt?	13
7) Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass der Nachhaltigkeitsprozess auf der Landes- und der Bezirksebene zur Pflichtaufgabe gemacht wird?	14
II. Handlungsfelder der Lokalen Agenda 21:	16
1) Das soziale Leben in der Stadt gestalten.....	16
2) Bürgerschaftliches Engagement und Partizipation	22
3) Verkehr/ Mobilität	25
4) Berlin in der märkischen Landschaft	27
Bündnis 90 / Die Grünen	30
5) Energie- und Klimaschutzpolitik.....	31
6) Wirtschaften und Arbeiten	33
7) Bildung für die Zukunft.....	38
III. Querschnittsaufgaben:	44
1) Berlin in der einen Welt - globale Verantwortung der Stadt	44
2) Geschlechtergerechtigkeit	46

Impressum

Berlin 21 e.V.
Greifswalder Straße 4
10405 Berlin
Tel: 030/ 420 82 363
info@berlin21.net
www.berlin21.net

I. Der Berliner Nachhaltigkeitsprozess

Frage 1) Mit welchen Maßnahmen und Projekten konnten Sie den Abgeordnetenhaus-Beschluss zur Lokalen Agenda 21 von 2006 bisher unterstützen?

Antworten der Parteien:

FDP

Wir haben die Aspekte der Nachhaltigkeit in vielfältigen Initiativen mitberücksichtigt. Dazu zählen u.a. unsere Initiativen in den Bereichen Bauen und Biodiversität ebenso wie die Initiativen in der Abfallwirtschaft für ein dezentrales Energiekonzept und für die Elektromobilität.

Die Linke

Die Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus hat seit 2006 mehrmals über Kleine und Mündliche Anfragen einerseits den Fortgang des Umsetzungsprozesses und die Berichterstattung nachgefragt und angemahnt. Andererseits hat sie auch immer wieder die Finanzierung der Arbeit von „Berlin 21“ eingefordert. Die Linksfraktion hat weiterhin dafür gesorgt, dass der vom Senat vorgelegte Bericht nicht einfach zur Kenntnis genommen wurde, sondern hat die Überweisung des Berichts in 6 Parlamentsausschüsse zur Beratung veranlasst.

DIE LINKE unterstützt Projekte wie

- regionale Projekte in Bereichen der Nahrungsmittelwirtschaft, Bauwirtschaft, Umwelttechnik und des Tourismus
- 17 Gemeinschaftsschulprojekte
- soziale und innovative Projekte z.B. Kiez- und Stadtteilmütterprojekte und selbstverwalteten Frauenprojekten
- zivilgesellschaftliche Projekte gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit
- lokale Gesundheitsprojekte
- Projekte der freien Wohlfahrtspflege
- Einrichtung eines Förderprogramms für innovative Forschungsprojekte mit regionalem Bezug
- Lärminderungsprojekten

DIE LINKE hat sich aber auch sehr deutlich gegen Großprojekte wie das Kohlekraftwerk in Lichtenberg und die A100 ausgesprochen.

SPD

Berlin wird immer mehr eine nachhaltige Metropole. Die SPD begleitete unsere Stadt auf dem bisherigen Weg dahin und setzt die weiteren Schritte effektiv um. Wir haben das ehrgeizige Berliner Klimaschutzziel festgeschrieben und werden bis 2020 eine CO₂-Reduktion von 40 % erreichen. Der hohe Anteil umweltfreundlicher Mobilität – ÖPNV sowie Fuß- und Radverkehr – tragen wesentlich dazu bei. Auch die Einführung der Umweltzone hat einen wichtigen Beitrag geleistet. Unser klimapolitisches Arbeitsprogramm und der Lärminderungsplan wirken aktiv für eine bessere Umwelt und für ein nachhaltiges Berlin und verschaffen den Berlinerinnen und Berlinern ein weiteres Stück Lebensqualität. Im Ergebnis kann sich Berlin als klimafreundlichste Metropole Europas betrachten. Die Umsetzung des Abgeordnetenhaus-Beschlusses zur Lokalen Agenda 21 ist für uns daher nicht nur Lippenbekenntnis, sondern Maßstab einer konkreten Politik für die Menschen heute und für zukünftige Generationen.

Bündnis 90 / Die Grünen

Bündnis 90 / Die Grünen haben im politischen Prozess in den vergangenen Jahren im Abgeordnetenhaus immer wieder vom Senat und der rot-roten Koalition die Umsetzung der Beschlüsse eingefordert. Wie in vielen anderen Bereichen war der Senat auch in diesem Politikfeld nur schwer zum Handeln zu bewegen. Den ersten Umsetzungsbericht hat der Senat erst mit fast einem Jahr Verspätung vorgelegt, trotz eines grünen Antrags im Parlament. Zusammen mit den zivilgesellschaftlichen AkteurInnen der Nachhaltigkeitsszene in Berlin hat die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen den vorgelegten Bericht diskutiert und kritisch Bilanz gezogen: Der Bericht ist trotz der langen Vorbereitungszeit leider unzureichend und unvollständig. Der rot-rote Senat lehnt mit dem Bericht jede weitere Verantwortung für die nachhaltige Entwicklung Berlins ab. Der Vorschlag, zukünftig das statistische Landesamt ohne die Übernahme politischer Verantwortung berichten zu lassen, ist völlig indiskutabel.

CDU

Wir haben uns unter anderem mit Vehemenz gegen die ursprünglichen Planungen des Energieversorgers Vattenfall, ein neues Kohlekraftwerk in Klingenberg zu errichten, eingesetzt. Erfreulicherweise hat Vattenfall die Bedenken und Vorschläge insbesondere der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus aufgegriffen und ist damit seiner ökologischen Verantwortung als größter Energieversorger der Stadt gerecht geworden. Dank dieser Entscheidung ist auch das Erreichen der Berliner Klimaschutzziele wieder möglich.

Die neuen Planungen bedeuten für Berlin aber nicht nur mehr Klimaschutz, sondern vor allem Investitionen und Arbeitsplätze. Vattenfall setzt damit Maßstäbe für den Standort Berlin. Zum ersten Mal liegt für die Stadt ein zukunftsweisendes und klimaschützendes Energiekonzept vor, wozu der rot-rote Senat bis heute nicht in der Lage war.

Da wir als Opposition weder Zugriff auf die Haushaltsmittel noch auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung haben, können wir weder landesseitige Maßnahmen initiieren noch Projekte fördern.

2) Wie werden Sie das Jahrhundertleitbild „Nachhaltige Entwicklung“ über die nächsten fünf Jahre in Berlin umsetzen und in die wesentlichen Politikfelder integrieren?

FDP

Für uns muss Nachhaltigkeit integrativer Bestandteil jeder politischen Entscheidung sein. Wir werden uns deshalb in allen Politikfeldern auch in der nächsten Legislaturperiode dafür einsetzen, dass Maßnahmen ökonomisch, ökologisch und sozial nachhaltig sind. Insbesondere werden wir darauf achten, dass wichtige ökologische Ziele auch immer wirtschaftlich effizient erreicht werden.

In allen wesentlichen Politikfeldern müssen für die drei Säulen der Nachhaltigkeit jeweils Parameter definiert werden, die gut erfassbar, statistisch unterlegbar und nachvollziehbar sind. Erst mit entsprechenden Daten und ihrer Bewertung können transparente Abwägungen getroffen werden. Wir setzen uns deshalb dafür ein, die Parameter und Methodik zur Bewertung weiterzuentwickeln.

Bei Ausschreibungen des Landes Berlin soll stärker die Nachhaltigkeit berücksichtigt werden, vor allem durch die Einbeziehung der Lebenszykluskosten des Ausschreibungsgegenstandes. Ebenso müssen bei Investitionen auch Folgekosten, z.B. durch Abriss und Entsorgung, mit bedacht werden.

Die Linke

Wir wollen Berlin als wirtschaftlich starke, sozial ausgewogene und ökologisch vorbildliche demokratische und weltoffene Stadt voranbringen. Deshalb setzen wir uns für einen sozialökologischen Umbau und eine gesamtstädtische Nachhaltigkeitsstrategie ein.

SPD

Alle Bereiche sozialdemokratischer Politik in Berlin orientieren sich am Leitbild der Nachhaltigkeit und wirken in diesem Sinne zusammen. Dabei gehen wir vor allem davon aus, dass Arbeit und Umwelt keine Widersprüche sind. Energie- und Ressourceneffizienz sind die Schlüssel für die Erreichung der Klimaschutzziele und der Schlüssel für neue und zukunftsfähige Arbeitsplätze. Auf allen Ebenen führen sozialdemokratische Verantwortungsträgerinnen und -träger den Dialog und den Austausch mit den im Agenda-Prozess engagierten Verbänden, Initiativen und Einzelpersonen. Alle sozialdemokratisch geführten Senatsverwaltungen und Bezirksamts-Ressorts gestalten ihre Politik stets unter dem Blickwinkel der Nachhaltigkeit.

Bündnis 90 / Die Grünen

Wir wollen, dass Berlin die Klimahauptstadt wird. Unsere Stadt braucht dafür eine umfassende und langfristig wirkende Strategie der zukunftsfähigen Entwicklung, die ökologische Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit, wirtschaftliche Lebensfähigkeit und kulturelle Kreativität sinnvoll verbindet. Wir stützen dafür das bürgerschaftliche Engagement im Rahmen der Lokalen Agenda 21 in Berlin und deren Vernetzung mit den Bezirken und Brandenburg. Wir wollen zukünftig das Wissen der zivilgesellschaftlichen Akteure bündeln und einen Nachhaltigkeitsrat für Berlin-Brandenburg einsetzen.

CDU

Die CDU unterstützt ausdrücklich die ambitionierten Ziele der Bundesregierung, insbesondere von Bundesumweltminister Röttgen, den CO₂-Ausstoß um 40% bis zum Jahr 2020 im Vergleich zu 1990 zu senken. Zur Erreichung dieser ehrgeizigen Ziele wird es unseres Erachtens darauf ankommen, energetische Sanierungen der Bestandsgebäude vorzunehmen. Die Vorschläge des Senats in Sachen Klimaschutz dazu sind widersprüchlich, untauglich und ungerecht.

Die CDU spricht sich klar für energetische Standards und entsprechende Anreizsysteme für die Gebäudesanierung aus. Das Ziel des Klimaschutzes kann nur im Einklang mit den Mietern, Eigenheimbesitzern und dem Mittelstand erreicht werden. Dazu ist die Vorgabe von energetischen Standards notwendig, die den Hauseigentümern und Unternehmen Wahlfreiheit und Technologieoffenheit gewähren. Die Umsetzung der Maßnahmen muss sozialverträglich erfolgen.

Die CDU präferiert ein Stufenmodell bei der Umsetzung von energetischen Maßnahmen am Gebäudebestand. Dieses Modell ist gemeinsam von IHK, HWK und BUND entwickelt worden. Im Gegensatz zu allen gescheiterten Entwürfen des Senats für ein Klimaschutzgesetz, die jeweils Zwangsmaßnahmen zur Realisierung der Klimaschutzziele vorsahen, ermöglicht das Stufenmodell den Eigentümern selbst zu entscheiden, welche Technologien bei der Reduzierung des Wärmeenergiebedarfs und der Reduzierung der CO₂-Emissionen zum Einsatz kommen sollen, um sukzessive eine umweltfreundliche Sanierung durchzuführen.

Es soll jeder selbst entscheiden dürfen, wie er die Einsparung des Primärenergiebedarfs erreichen kann. Das heißt, es steht jedem frei, ob er z. B. den Heizungskessel tauscht oder eine Wärmedämmung an der Fassade anbringt, um den Energiebedarf zu senken. Darüber hinaus wäre in diesem Gesetzesvorschlag auch eine Härtefallregelung vorgesehen, die die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eines jeden Einzelnen berücksichtigt.

Die Umsetzung eines Klimaschutzgesetzes ist eine interdisziplinäre Aufgabe, die neben dem Umweltbereich vor allem in die Bereiche Stadtentwicklung, Bauen und Finanzen integriert werden muss.

3) Wie werden Sie Nachhaltigkeit auch in wesentlichen gesellschaftlichen Bereichen voranbringen, z.B. in der Wirtschaft und im Bildungsbereich?

FDP

Wir werden uns in den unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen immer wieder dafür einsetzen, dass offene Diskussionen zu den Folgewirkungen und -kosten einer politischen Entscheidung geführt werden. Denn nur in der Kommunikation mit Bürgern und Verbänden kann eine ganzheitliche und nachhaltige Betrachtung einer geplanten Maßnahme gelingen. So sind öffentliche Beteiligungsverfahren wesentliche Instrumente, um Informationen zu sammeln und anschließend abzuwägen.

Die Linke

Wir haben die Wirtschaftspolitik in den letzten zehn Jahren konsequent auf Zukunftsbranchen ausgerichtet. Das sind vor allem Medizintechnik, die Biotechnologie, die Optik, die Informations- und

Kommunikationstechnologie, die Verkehrssystemtechnik und die Energietechnik. Dies hat für nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung gesorgt. DIE LINKE wird diese erfolgreiche Politik weiterführen. Wir wollen Berlin zu einer bundesweiten Modellregion für moderne innovative Technologien auf Feldern wie Elektromobilität, Wasserversorgung und -entsorgung, Gesundheitswirtschaft ausbauen und dabei die Zusammenarbeit von Wirtschaft und Wissenschaft verbessern.

DIE LINKE hat sich dafür stark gemacht, dass in Berlin alle jungen Menschen nach der Schule ein Angebot für eine Ausbildung oder eine Berufsvorbereitung bekommen und tritt ein für eine solidarische Finanzierung der Ausbildung, zu der alle Unternehmen beitragen: Wer nicht ausbildet, zahlt in einen Fonds ein. Wer über Bedarf ausbildet, wird unterstützt.

SPD

Nachhaltigkeit ist heute der Schlüssel für eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung in einem hochentwickelten Land wie Deutschland, wesentliches Feld für zukunftsfähige Technologien und Produkte und somit zentral für die Bewahrung unserer Wettbewerbsfähigkeit. Hierfür bedarf es der Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft. Diese steht seit zehn Jahren ganz oben auf der Prioritätenliste des SPD-geführten Senats. Berlin ist hier erfolgreich. Viele Arbeitsplätze sind in Berlin in der nachhaltigen Wirtschaft entstanden. Das soll so bleiben. Wir wollen Unternehmen, die sozial, ökologisch und betriebswirtschaftlich nachhaltig wirtschaften. Nachhaltigkeit bedeutet auch Nachhaltigkeit für die eigene Gesundheit. Deshalb setzen wir uns auch für faire Arbeitsbedingungen und einen wirksam Arbeitsschutz in den Betrieben ein.

Nachhaltigkeit als Prinzip zukunftsfähigen Wirtschaftens und Lebens erfordert Wissen über die Zusammenhänge des eigenen Tuns. Es muss Inhalt von Bildung sein. Wir setzen uns dafür ein, dass Nachhaltigkeit Bestandteil der Lehrpläne in den Schulen ist. Nachhaltige Bildung beginnt jedoch schon in der frühen Kindheit, in der die Grundlagen für Alltagskompetenz und die eigene Lebensgestaltung gelegt werden, kognitiv und emotional. Wir haben in Berlin das Kita-Bildungsprogramm beschlossen. Es setzt die richtigen Schwerpunkte für Bildung im Bereich der Nachhaltigkeit.

Bei der Essensversorgung in unseren Schulen und Kitas werden wir darauf hinarbeiten, dass verstärkt Produkte der regionalen Landwirtschaft zum Einsatz kommen und der Anteil von Erzeugnissen des ökologischen Anbaus steigt.

Bündnis 90 / Die Grünen

Dass Ökologie und Ökonomie kein Widerspruch sind und die Umweltbranche - die Green Economy - längst Beschäftigungsmotor in Deutschland ist, hat sich schon gerumgesprochen. In Berlin gibt es 42.000 Arbeitsplätze in diesem Bereich. Wir setzen auf die Green Economy als dauerhafte Verknüpfung von ökonomischem und ökologischem Erfolg. Besondere Chancen sehen wir im Mobilitätssektor. Auch im Bereich der erneuerbaren Energien und Energietechnik sowie der Wasser- und Kreislaufwirtschaft stecken noch enorme Entwicklungspotenziale für Berlin. Ein weiterer Hoffnungsträger für die wirtschaftliche Entwicklung Berlins ist der Tourismus. Dabei sind Klimaschutz, Energieeffizienz und schonender Ressourcengebrauch ebenso Bestandteile eines nachhaltigen Tourismuskonzepts wie der Ausgleich zwischen berechtigten Interessen der Berlinerinnen und Berliner und den Gästen der Stadt.

Grüne Bildung für nachhaltige Entwicklung: Klimahauptstadt werden wir nur, wenn alle Menschen mitmachen und nachhaltige Entwicklung auch in der Bildung und Ausbildung einen Platz bekommt. Kindertagesstätten, allgemeinbildende und berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildungszentren müssen dabei unterstützt werden, die Ziele der Bildung für nachhaltige Entwicklung endlich in die Tat umzusetzen. Nur so können neue Lebensstile und Verantwortungsbewusstsein für das eigene Handeln langfristig entwickelt und gefestigt werden. Wir wollen dafür unter anderem die Zusammenarbeit von Schulen mit bestehenden Initiativen und Vereinen der Bildung für nachhaltige Entwicklung erleichtern und verbessern. Die energetische Modernisierung von Schulen wollen wir im Unterricht umweltpädagogisch begleiten.

CDU

... in der Wirtschaft:

Deutschland ist der ideale Kompetenzstandort für eine Ökonomie der Nachhaltigkeit. Als CDU sind wir der Auffassung, dass nicht nur Technologien und Dienstleistungen, wie alternative Energiesysteme oder Lösungen für mehr Ressourceneffizienz exportiert werden sollten, sondern auch gesellschaftliche Ansätze für umweltfreundliches, nachhaltiges Handeln im Wirtschafts- und Sozialsektor. Berlin hat als Hauptstadt die Chance, in dieser zu entfachenden strategischen Dynamik eine Vorreiterfunktion zu übernehmen: „Berlin – Hauptstadt der Nachhaltigkeit“. Der rot-rote Senat hat es allerdings nicht geschafft, ein übergeordnetes Leitbild - eine Vision - zu formulieren, wo unsere Stadt in wirtschaftlicher Hinsicht in zehn Jahren stehen soll und wie dabei die Zukunft von Berlin wirtschaftlich erfolgreich zu gestalten ist.

Die Berliner CDU will gezielt in neue Cluster investieren, die langfristige Wertschöpfung ermöglichen. Wir haben als erste Partei bereits Anfang 2009 ein umfassendes Konzept für die Nachnutzung des Flughafens Tegel vorgelegt. Mit unserem Solar- und Industriepark TXXL haben wir den Anspruch formuliert, einen der modernsten und nachhaltigsten Industrieparks im Bereich der ökologischen Zukunftstechnologie in Europa zu schaffen. Auch sehen wir langfristig die Chance, auf dem Gelände eine Internationale Bauausstellung für ressourceneffizienten Industriebau anzusiedeln. Berlin braucht aus unserer Sicht eine Reindustrialisierung mit neuen industriellen Schwerpunkten. Der über Jahre gepflegte politische und wirtschaftliche Selbstbetrug der Regierungskoalition von SPD und Die Linke, dass die Dienstleistungen von den Dienstleistungen leben können, muss ein Ende haben. Die wirtschaftliche Entwicklung darf sich nicht allein auf Dienstleistungen beschränken.

... im Bildungsbereich:

Bildung ist für die Zukunft von ganz zentraler Bedeutung und hat für die Berliner CDU einen hohen Stellenwert. Wir setzen uns für eine nachhaltige Bildung ein, denn nur so können die globalen Zusammenhänge von wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen erkannt und die Steuerung von Umwelt- und Klimafaktoren sowie schließlich der Kampf gegen Armut verbessert werden.

Die UN-Dekade von 2005 bis 2014 „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ sieht vor, Menschen zu befähigen, globale Probleme vorherzusehen, sich ihnen zu stellen und sie zu lösen. Eine derartige Bildung soll die wechselseitige Abhängigkeit von Umwelt, Gesellschaft und Wirtschaft berücksichtigen und muss auf Werten und Prinzipien gründen, die eine nachhaltige Entwicklung

ermöglichen. Hierzu gehören auch Partizipation, Ressourcengerechtigkeit, gleiche Bildungschancen, interkulturelle Verständigung und sorgsamer Umgang mit der Natur. In der Berliner Senatspolitik und den Berliner Schulen wird jedoch nur wenig oder gar nicht auf diese Herausforderungen reagiert, obgleich der Vorsitzende des Nationalkomitees, Professor de Haan von der Freien Universität und weitere Mitglieder von Berliner Wirtschaftsverbänden, aktiv mitarbeiten, erhalten sie wenig Unterstützung durch den Berliner Senat. Nach Ansicht des Berliner Senats bleibt es allein Aufgabe jeder Schule im Rahmen ihres schulinternen Curriculums, jede Schülerin und jeden Schüler individuell optimal zu fördern und das Erreichen des bestmöglichen Schulabschlusses und die Vorbereitung auf den Übergang ins Berufsleben bzw. den Erwerb weiterer schulischer Qualifikationen zu ermöglichen.

Aus unserer Sicht müssen Schulen, Hochschulen und andere Einrichtungen unseres Bildungswesens in Berlin stärker Begabungen, Fähigkeiten und Fertigkeiten der jungen Menschen bei Wahrung der Chancengerechtigkeit fördern. Dafür benötigen wir gut ausgebildete und vor allem ausreichend Lehrkräfte.

Die Schulen müssen stärker als bisher Berufsorientierung durch Praxisprojekte und Berufsberatung fördern, so wie es in unserem Bildungsprogramm „Gute Bildung für Berlin: Aufstiegschancen für alle Schüler“ 2009 beschlossen worden ist. Ebenso wichtig ist es, im Unterricht über wirtschaftliche Zusammenhänge zu sprechen, damit die Arbeitswelt von heute den Schülerinnen und Schülern keine unbekannte Größe bleibt.

Die entscheidende Messgröße für eine Wissensgesellschaft sind die Akademiker. Um ihre Zahl zu erhöhen, soll der Anteil der Studienanfänger steigen. Die Quote von über 40% muss verbessert werden, allerdings steigt dadurch die absolute Zahl der Studenten nicht an, sondern wird demographisch bedingt sogar sinken. Deshalb muss Berlin sein „Wissen“ als Standortfaktor besser nutzbar machen. Die Umsetzung des Maßnahmenpaketes aus der Enquete-Kommission „Eine Zukunft für Berlin“ ist vom rot-roten Senat nur ungenügend vollzogen worden. Noch immer fehlen die Voraussetzungen für eine Vernetzung der strategischen Felder von Wissenschaft, Arbeit und Wirtschaft für ein innovatives und nachhaltiges Wachstum. Allein die massive Unterstützung der Bund-Länder-Vereinbarung zum Ausbau der Studienplatzkapazitäten und der Exzellenzinitiative hat merkliche Verbesserungen nach sich gezogen.

4) Wo sind Ihre künftigen Schwerpunkte einer Berliner Nachhaltigkeitsstrategie?

FDP

Insbesondere werden wir Schwerpunkte bei der energetischen Sanierung von Gebäuden und bei der Abfallwirtschaft setzen.

Bei der energetischen Sanierung von Gebäuden ist die ökologisch notwendige Reduzierung des Wärmebedarfs wirtschaftlich sinnvoll und sozial verträglich zu erreichen. Eine übermäßige Belastung der Mieter ist zu verhindern. Daher soll auf diejenigen energetischen Sanierungen im Bestand fokussiert werden, bei denen die größten Effekte zu erzielen sind und die sich wirtschaftlich rechnen.

Im Bereich Abfallwirtschaft setzt sich die FDP nach der prioritären Vermeidung von Abfällen für eine hohe stoffliche Verwertungsrate der Abfälle und eine weitestgehende Verwertung in der Region ein.

Für die Vermeidung und Verwertung von Abfällen wollen wir Anreize durch kleinere Restmülltonnen oder längere Entleerungsintervalle schaffen. Für die wirtschaftliche Nachhaltigkeit der Verwertung sollen Wertstofftonne und Biotonne ausgeschrieben werden.

Des Weiteren werden wir bei der Ansiedlung neuer Gewerbeunternehmen und der dafür nötigen Erschließung größerer Flächen darauf dringen, dass eine gezielte Planung u.a. der Verkehrsanbindung und der Einhaltung der Abstandflächen sicherstellt, dass es zu keiner Belastung von Anwohnern kommt.

Die Linke

Bestehende Arbeitsplätze sichern und neue, sozial abgesicherte Arbeitsplätze zu schaffen, das ist für DIE LINKE eine zentrale Aufgabe in der kommenden Legislaturperiode. Die lebenswichtigen Infrastrukturen der öffentlichen Daseinsvorsorge – Gesundheit, Bildung, öffentlicher Nahverkehr, Wasser- und Energieversorgung, Straßenreinigung und Abfallentsorgung sowie ein Grundbestand an Mietwohnungen – gehören unter öffentliche Kontrolle. Unser Ziel ist es, den öffentlichen Einfluss auf diese Bereiche zu sichern und so auszugestalten, dass Dienstleistungen sicher, preiswert und in hoher Qualität erbracht werden. Bildung ist Voraussetzung für die Entwicklung der eigenen Persönlichkeit und für Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Bildung ist Menschenrecht. Deshalb muss der Zugang zu öffentlichen Bildungseinrichtungen für alle ohne Einschränkungen und unabhängig von ihrer Herkunft gewährleistet werden. Bildung beginnt in der Kita und endet nicht mit der Schule, sondern bedeutet lebenslanges Lernen und braucht vielfältige Inhalte und Formen für alle Altersgruppen.

Die Verfügung über einen angemessenen Wohnraum gehört zu den wesentlichen Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes Leben. DIE LINKE tritt dafür ein, die soziale Bevölkerungsmischung in den Wohnquartieren zu erhalten und der zunehmenden sozialräumlichen Spaltung der Stadt entgegenzuwirken.

SPD

Wichtigstes Nachhaltigkeitsziel ist für uns die Umsetzung des ehrgeizigen Klimaschutzzieles, bis 2020 eine CO₂-Reduktion von mindestens 40 % erreichen. Berliner Unternehmen arbeiten bereits führend an diesem drängenden Problem unserer Zeit: an umweltfreundlichen Produkten und Dienstleistungen. Berlin ist schon heute die Hauptstadt nachhaltiger Technologien, von der Energieerzeugung über das Abfallrecycling bis hin zur intelligenten Mobilität. Deshalb werden wir die mit sehr hohen Wirkungsgraden und praktisch schadstofffrei arbeitende sowie dezentral und effizient in vielen Bereichen einsetzbare Brennstoffzellen-Technologie in Berlin gezielt fördern.

Die SPD formt Berlin zu einer „Smart City“ – einer Stadt mit intelligenter Steuerung in Bereichen wie Verkehr, Energie und Verwaltung. So schaffen wir Jobs, verbessern die Information für die Bürgerinnen und Bürger und steigern die Dienstleistungsqualität. Dazu bauen wir die bereits stark aufgestellte Informations- und Kommunikationstechnologie weiter aus. Ein wissenschaftliches Kompetenzzentrum soll Zukunftsthemen wie „Smart Grid“, also ein intelligentes Stromnetz, Photovoltaik und hocheffiziente Turbomaschinen bündeln. Energieeffizienz ist ein Schlüssel zum Wachstum von Industrie und Handwerk. Bei unseren Programmen zur Gebäudesanierung werden wir weiterhin den Schwerpunkt auf Energieeffizienz legen. Zudem gestalten wir die Gebäudebewirtschaftung der lan-

deseigenen Immobilien nachhaltig. Auch wollen wir das „Energie-Contracting“, also die Lieferung von Energie und die Bereitstellung von Betriebsanlagen durch externe Dienstleister, noch weiter ausbauen und mit energetischer Sanierung kombinieren. Eine wichtige Rolle wird dabei die Berliner Energieagentur spielen.

Bündnis 90 / Die Grünen

Ein Schwerpunkt der bündnisgrünen Nachhaltigkeitspolitik ist die Umsetzung und Weiterentwicklung des Beschlusses des Berliner Abgeordnetenhauses zur lokalen Agenda 21. Kurzfristig wollen wir eine Nachhaltigkeitsberichterstattung umsetzen und diese im politischen Prozess verankern. Dabei muss auch der Berliner Senat politische Verantwortung im Bereich Nachhaltigkeitspolitik übernehmen. Wir wollen darüber hinaus zukünftig das Wissen der zivilgesellschaftlichen Akteure bündeln und einen Nachhaltigkeitsrat für Berlin-Brandenburg einsetzen.

CDU

Neben der bereits unter Frage 2 genannten Herausforderung werden wir uns weiterhin im Bereich der Abfallentsorgung für ein System stark machen, das dem System der Müllvermeidung den Vorrang vor Verwertung und Beseitigung einräumt. Hierzu werden wir neben den kommunalen Entsorgungsträgern auch die privaten Anbieter einbeziehen.

Darüber hinaus muss es Ziel einer ganzheitlichen Berliner Nachhaltigkeitsstrategie sein, den ÖPNV zu fördern und zu stärken sowie die Verknüpfung der verschiedenen Verkehrsträger vorurteilsfrei zu gestalten. Dazu gehört sowohl die Schaffung weiterer Park & Ride-Parkplätze als auch die Errichtung zusätzlicher Abstellmöglichkeiten für Fahrräder an den Bahnhöfen.

Es muss Abstand von ideologisch motivierten Verkehrsplanungen genommen werden, bei der die wirtschaftliche Entwicklung, die Mobilität und die Sicherheit auf der Strecke bleiben. Ziel einer ganzheitlichen und zukunftsfähigen Verkehrspolitik muss es stattdessen sein, auf einer soliden Basis alle Verkehrsträger optimal weiterzuentwickeln und zu vernetzen. Die äußerst knappen finanziellen Mittel dürfen nicht länger für Maßnahmen der Verkehrsbehinderung verschwendet werden, sondern müssen für Maßnahmen eingesetzt werden, die die Verkehrsabwicklung verbessern und die Sicherheit im Verkehr erhöhen. Dazu gehören intelligente Schaltungen an Lichtsignalanlagen, die Beschleunigung des ÖPNV sowie die überfällige Instandsetzung der straßenverkehrlichen Infrastruktur. Diese Maßnahmen tragen zu einer größeren Umweltverträglichkeit und Sicherheit bei und würden zudem die dringend notwendige wirtschaftliche Entwicklung in unserer Stadt positiv beeinflussen.

Umweltschutz bedeutet ebenso, die Gesundheit der Menschen vor Lärm und Abgasen zu schützen. Dazu gehört auch, mit leistungsfähigen Hauptverkehrsadern den Durchgangsverkehr in Wohngebieten und intakten Stadtquartieren zu minimieren. Durch eine Verlängerung der A 100 vom Autobahndreieck Neukölln zum Treptower Park (16. Bauabschnitt) und einer späteren Verlängerung zur Frankfurter Allee (17. Bauabschnitt) könnten große Bereiche der Innenstadt, insbesondere Wohngebiete in Neukölln, Treptow, Kreuzberg, Friedrichshain, Prenzlauer Berg und Mitte endlich, nachhaltig vom Durchgangsverkehr entlastet werden.

5) Gibt es in Ihrer Landespartei und in Ihrer Fraktion Arbeitsgremien, die sich primär mit nachhaltiger Entwicklung befassen? Wenn ja: Welche sind das und welche Maßnahmen wurden bislang umgesetzt oder sollen noch umgesetzt werden?

FDP

Nein, da wir Nachhaltigkeit als eine übergeordnete Fragestellung verstehen und diese damit selbstverständlicher Bestandteil aller Überlegungen sein muss.

Die Linke

An der Umsetzung der im Wahlprogramm benannten gesamtstädtischen Nachhaltigkeitsstrategie „Das soziale Berlin“ wird von uns in allen Gremien und auf allen Ebenen intensiv ressortübergreifend gearbeitet. Als Motoren sind dabei der Landesvorstand mit seinen Arbeitsgruppen, die Senatsmitglieder, die Linksfraktion im Abgeordnetenhaus und unsere Vertreter/-innen in den Bezirksämtern und BVV-Fraktionen anzusehen.

Umgesetzt wurden z. B. Maßnahmen zur Wirtschaftsansiedlung in sehr vielen Bereichen, die Schaffung von 140.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen darunter im öffentlich-geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS), der Beschluss eines Vergabegesetzes mit lohnpolitischen und ökologischen Kriterien, die Einführung des zweigliedrigen Schulsystems, die Einführung und Fortschreibung der Umweltzone, Stärkung der direkten Demokratie und Mitsprache bei Bürgerhaushalten.

Wir wollen weitere Maßnahmen umsetzen wie die Schaffung von 150.000 neuen Arbeitsplätzen, die Sicherung des ÖBS, den Ausbau der gemeinschaftsschulstruktur und des Ganztagsbetriebs, die Bekämpfung insbesondere der Kinderarmut und die Durchsetzung einer sozialen Wohnungspolitik mit bezahlbaren Mieten.

SPD

In der Berliner SPD gibt es auf Landesebene den Fachausschuss X – Natur, Energie, Umweltschutz, in der Fraktion im Abgeordnetenhaus befassen sich insbesondere die Arbeitskreise Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung sowie der Arbeitskreis Gesundheit, Umwelt, Verbraucherschutz mit den zentralen Fragen der Nachhaltigen Entwicklung. Außerdem gibt es in den Bezirken eine Vielzahl lokaler Arbeitskreise der SPD zum Thema Nachhaltigkeit/Lokale Agenda 21. Diese Arbeitsgremien der Partei und Fraktion wirken mit ihrem Expertenwissen kontinuierlich bei der Formulierung und Umsetzung sozialdemokratischer Politik in Berlin mit, zuletzt bei der Erarbeitung und Beschlussfassung des SPD-Wahlprogramms.

Bündnis 90 / Die Grünen

Nachhaltigkeit ist ein Querschnittsthema grüner Politik. Die Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Umwelt befasst sich primär mit nachhaltiger Entwicklung. Die LAG Bildung befasst sich mit dem Thema Bildung für nachhaltige Entwicklung. In der bündnisgrünen Fraktion befasst sich der Arbeitskreis 1 mit dem Thema Nachhaltigkeit. Dabei wurden verschiedene parlamentarische Initiativen wie beispielsweise zum StEP Klima oder im Bereich Klimaschutz entwickelt und in den politischen Prozess eingebracht.

CDU

Selbstverständlich existieren Arbeitsgremien sowohl auf Landesebene als auch in der Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus. Diese Gremien tagen regelmäßig und werden nicht zuletzt auch durch externen Sachverstand inhaltlich unterstützt. Die Ergebnisse fließen in die Entscheidungsfindung sowie in die inner- und außerparlamentarische Diskussion ein.

Da wir Umweltpolitik, wie erwähnt, als ein ressortübergreifendes Themenfeld erachten, spielen Nachhaltigkeitsaspekte bei vielen Entscheidungen auch in Ressorts, die originär nicht mit dem Umweltressort verwurzelt sind, eine wichtige Rolle.

6) Wie würden Sie eine ressortübergreifende Arbeitseinheit in den Berliner Landesinstitutionen, z.B. in der Senatskanzlei, aufbauen, die das Nachhaltigkeitsprogramm der Lokalen Agenda 21 umsetzt? (Vgl. andere Bundesländer und den Staatssekretärsausschuss der Bundesregierung)

FDP

Wir sind der Meinung, dass Nachhaltigkeit ein integrativer Bestandteil aller Überlegung-en sein muss. Daher lehnen wir die Einrichtung zusätzlicher Gremien ab. Die Betracht-ungen zur Nachhaltigkeit müssen bei den Entscheidern berücksichtigt werden, nicht durch zusätzliche Gremien, die oft nur einen hohen Verwaltungsaufwand verursachen.

Um nachhaltige Entscheidungen und deren Umsetzung sicher zu stellen, setzen wir uns deshalb dafür ein, dass das Thema in der Staatssekretärsrunde implementiert wird.

Die Linke

Das Nachhaltigkeitsprogramm der Lokalen Agenda 21 muss endlich als Chance für die Stadt begriffen werden. Die Umsetzung muss in den Händen des Regierenden Bürgermeisters/der Regierenden Bürgermeisterin liegen. In der Senatskanzlei muss ein kontinuierlich arbeitendes Gremium geschaffen werden, dass federführend zusammen mit Beauftragten aller Senatsressorts die Aktivitäten koordiniert und gemäß dem Agenda-21-Beschluss dem Parlament berichtet.

SPD

Eine koordinierende Tätigkeit war für die Zeit der Erarbeitung der Ziele der Lokalen Agenda 21 erforderlich und wurde durch die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung wahrgenommen. In der Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele muss der Nachhaltigkeitsgedanke aus unserer Sicht zum integralen Bestandteil der Arbeit aller Verwaltungen in Senat und Bezirken werden. Dies ist aus Sicht der SPD schon sehr weit vorangekommen. Eine separate Arbeitseinheit ist aus unserer Sicht deshalb nicht mehr zeitgemäß, sondern würde nur eine zusätzliche bürokratische Ebene ohne großen Nutzeffekt bringen. Anders formuliert: Auf der Ebene der Hauptverwaltung ist nicht eine separate neue Arbeitseinheit die Schaltstelle zur Koordinierung der Nachhaltigkeitsstrategie, sondern der Senat selbst.

Erforderlich ist allerdings eine regelmäßige Nachhaltigkeitsberichterstattung auf der Basis von Kernindikatoren. Für diese wird sich die SPD in der nächsten Wahlperiode einsetzen.

Bündnis 90 / Die Grünen

Zentral für den Erfolg einer Berliner Nachhaltigkeitsstrategie ist die Übernahme von politischer Verantwortung. Dies kann beispielsweise bei der regierenden BürgermeisterIn aber auch in einem anderen Ressort angesiedelt sein. Die vergangenen Jahre haben allerdings gezeigt, dass es nichts bringt wie der Berliner Senat allein darauf zu setzen, dass Nachhaltigkeit in den Köpfen der Berliner Verwaltung bereits integraler Bestandteil sei und keiner weiteren Steuerung bedürfe.

CDU

Wir können uns vorstellen, eine derartige ressortübergreifende Arbeitseinheit innerhalb der Landesinstitutionen bestehend aus Vertretern der Senatsverwaltungen und der Bezirke zu etablieren.

7) Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass der Nachhaltigkeitsprozess sowohl auf der Landes- als auch der Bezirksebene zur Pflichtaufgabe gemacht und entsprechend finanziell abgesichert wird?

FDP

Wir setzen uns dafür ein, dass die Bezirke im Rahmen der Globalsumme so ausgestattet werden, dass sie auch die finanziellen Möglichkeiten haben, langfristig nachhaltige Entscheidungen zu treffen und den dafür notwendigen Nachhaltigkeitsprozess zu führen.

Zudem setzen wir uns für eine Änderung der Landeshaushaltsordnung zugunsten des Zuschlags für das langfristig günstigste Angebot bei Ausschreibungen ein. Hierzu gehört die Einbeziehung von Betriebskosten, die Definition von Parametern der Energie-effizienz und der Umweltfreundlichkeit in Vergaben im Rahmen der Definition des Ausschreibungsgegenstandes.

Die Linke

Die Ausrichtung der Entscheidungen im Sinne der Ziele der Lokalen Agenda 21 ist für DIE LINKE ein wichtiges Anliegen. Die Berliner Bezirke haben dafür eine Vielzahl von Initiativen, Konzepten und Programmen entwickelt. Aufbauend auf diesen Erfahrungen und unter Einbeziehung des vielfältigen bürgerschaftlichen Engagements – das reicht von der auf ein einzelnes Anliegen konzentrierten Bürgerinitiative bis hin zu lokalen Bündnissen und zivilgesellschaftlichen Foren – soll die Berliner Nachhaltigkeitspolitik durch DIE LINKE auf gesamtstädtischer und bezirklicher Ebene einen neuen Impuls erhalten.

Die Umsetzung des Nachhaltigkeitsprogramms ist nicht nur auf der Landesebene sondern auch auf der Bezirksebene zu sichern. Wir unterstützen deshalb die Festschreibung als Pflichtaufgabe, die dann auch mit der finanziellen Absicherung verbunden ist.

SPD

Der Agenda-Prozess ist in nahezu allen Bezirken verankert, wird allerdings unterschiedlich organisiert und gestaltet. In mehreren Bezirken gibt es formelle Beschlüsse der Bezirksverordnetenversammlungen zur Erstellung und Umsetzung einer bezirklichen Agenda 21. Die Koordination, Beratung und

Vernetzung der Agenda-Aktivitäten erfolgt entweder über die Bezirksverwaltungen, einen Agenda-Rat oder durch einen Verein. Aus Sicht der SPD besteht kein Anlass zur Sorge, dass die Bezirke den Nachhaltigkeitsprozess nicht als Pflichtaufgabe ansehen. Wo Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in den Bezirken Verantwortung tragen, werden sie sich immer dafür einsetzen, dass das so bleibt und die erforderlichen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Dasselbe gilt für die Ebene des Landes.

Bündnis 90 / Die Grünen

In allen Dimensionen der Nachhaltigkeit ist das bezirkliche Handeln ein wichtiger Baustein. Sei es zum Beispiel bei den BürgerInnenbeteiligungsverfahren oder der Aufstellung von Bebauungsplänen. Bündnis 90 / Die Grünen werden das Thema Nachhaltigkeit auch in den bezirklichen Verwaltungen verankern und sicherstellen, dass auch beispielsweise Fortbildungsangebote für MitarbeiterInnen angeboten und wahrgenommen werden.

CDU

Die in der Verfassung geregelten Pflichtaufgaben der Exekutive sind klar definiert. Der Nachhaltigkeitsprozess zählt nicht dazu und bedarf unseres Erachtens auch keiner verfassungsrechtlichen Regelung. Vielmehr sollte der Nachhaltigkeitsprozess auf Arbeitsebene zwischen dem Senat und den Berliner Bezirken etabliert und gefördert werden.

II. Handlungsfelder der Lokalen Agenda 21:

1) Das soziale Leben in der Stadt gestalten

a) Wie senkt Berlin seine Armutsquote unter 10%? (Lokale Agenda 21 Berlin, B I 3.1, Handlungsziele)

b) Ziel des Berliner Nachhaltigkeitsprogramms sind gleichwertige Lebens-, Wohn- und Umfeldverhältnisse (B I 3.1, Qualitätsziele). Wie wollen Sie Mietsteigerungen und Verdrängungsprozesse verhindern?

FDP

a) In den meisten Fällen ist Armut die Folge von Arbeitslosigkeit oder/und schlechter Bildung. Ein Arbeitsplatz ist der beste Schutz vor Armut. Eine gute Bildung und Ausbildung bieten die beste Gewähr für einen Arbeitsplatz. Darum muss Berlin größere Anstrengungen unternehmen, damit alle Kinder dieser Stadt, egal aus welchen sozialen Verhältnissen, gleiche Startchancen bekommen. Dazu muss das Bildungssystem so aufgestellt sein, dass kein Schüler ausbildungsunfähig die Schule verlassen darf.

Auch wollen wir Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Entfaltung der Stadt setzen. Dazu zählen Bürokratieabbau, die Senkung von Abgaben, mehr Wettbewerb in bisher abgeschotteten Bereichen wie der Daseinsvorsorge und die aktive Einwerbung von Kapital in Form von Investitionen und Beteiligungskapital. Dies schafft Arbeitsplätze und senkt damit die Armutsquote.

b) Um die Ergänzung des Gebäudebestandes durch Neubauten und umfassende Sanierungen (energetisch, Barrierefreiheit) im Bestand sicherstellen zu können, ist es notwendig, dass Investoren anschließend ihre Investitionen durch entsprechende Mieten refinanzieren können. Mietsteigerungen bis zur Höhe der Kostenmiete sind deshalb auf Dauer nicht zu verhindern.

Mietsteigerungen auf Grund eines Unterangebots an Wohnungen wollen wir durch verstärkten Neubau entgegentreten. Hierfür sollen vermehrt Landesflächen zur Verfügung gestellt werden. Dabei soll die Vergabe von Flächen kleinteilig und nicht zwingend zum Höchstpreis erfolgen, um den Bau nicht zu stark zu verteuern und auch Baugruppen u.ä. eine Chance zu geben.

Segregation wollen wir durch ein vielfältiges Angebot an Wohnraum verhindern. Dies soll ermöglichen, dass z.B. junge Familien in der Stadt wohnen bleiben und eine soziale Durchmischung gewährleistet wird. Die Aufwertung von Quartieren durch Zuzug wollen wir dagegen nicht verhindern.

Die Linke

a) Sozialer Spaltung und Ausgrenzung entgegenzuwirken, breite Mitwirkung an der Gestaltung unserer Stadt zu organisieren und Armut zu verhindern und zu bekämpfen, sind wesentliche Ziele linker Sozialpolitik. In Berlin gibt es eine Alternative zu den Hartz-IV-Ein-Euro-Jobs und zur Niedriglohn-Bürgerarbeit: den öffentlich geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS). Hier wird sinnvolle und gesellschaftlich notwendige Arbeit in der und für die Stadt organisiert. Der ÖBS verhindert soziale Ausgrenzung und stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Langzeitarbeitslosen bietet er sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse, die tariflich, mindestens aber nach Mindestlohn, bezahlt werden und existenzsichernd sind. Damit konnten wir neue Perspektiven für Erwerbslose schaffen.

Die Ungerechtigkeiten in der Einkommensverteilung, die niedrigen Hartz-IV-Regelsätze, prekäre Beschäftigung und niedrige Löhne in vielen Bereichen können wir auf der Landesebene nicht oder nur unzureichend ausgleichen. Aber wir haben konkrete Maßnahmen ergriffen, um sozial benachteiligten Berlinerinnen und Berliner mehr kulturelle und gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen.

b) DIE LINKE tritt dafür ein, die soziale Bevölkerungsmischung in den Wohnquartieren zu erhalten und der zunehmenden sozialräumlichen Spaltung der Stadt entgegenzuwirken.

Gebraucht und entwickelt werden muss ein Mix aus sozial-, arbeitsmarkt-, integrations-, wohnungs-, stadtentwicklungs- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen. Die gesundheitlichen Belastungen als Folge der Umweltprobleme sind räumlich und sozial ungleich verteilt. Für DIE LINKE heißt das vor allem, mit konkreten Vorhaben zur Entlastung der Umwelt die Lebensqualität für die Benachteiligten zu verbessern. Dazu gehören die konsequente Umsetzung und Fortschreibung des Luftreinhalteplans.

Es ist auch weiterhin unser Ziel, dass alle Menschen, die auf Transferzahlungen (Hartz IV, Sozialhilfe, Grundsicherung im Alter) angewiesen sind, in ihrem sozialen Umfeld bleiben können. Deshalb wollen wir die notwendigen Regelungen in einem Landesgesetz verbindlich festlegen. Damit will DIE LINKE nicht nur größere Rechtssicherheit schaffen, sondern vor allem auf den sich rasant verändernden Wohnungsmarkt in Berlin mit steigenden Mieten reagieren. Wir wollen die Bevölkerungsvielfalt in den Wohnquartieren erhalten und Segregation verhindern. Wir wollen über eine Kooperation mit Mieterorganisationen für Empfänger von Transfergeldern eine unabhängige Beratung in Mietangelegenheiten gewährleisten.

Der Berlin-Pass gibt vielen Menschen mit sehr geringen Einkommen die Möglichkeit, am Leben in der Stadt teilzunehmen - durch die verbilligte Monatskarte der BVG, durch günstige Eintrittspreise für Theater, Oper, Kino, Sport und vieles anderes mehr. Das werden wir weiter ausbauen und damit gleichzeitig Gerechtigkeitslücken abbauen. Wir haben in Berlin eine reichhaltige Infrastruktur sozial-kultureller und sportlicher Einrichtungen, Nachbarschafts- und Stadtteilzentren, die unabhängig vom Einkommen allen Berlinerinnen

und Berlinern offen stehen, und ihnen dadurch auch den Zugang zu Bildung, Kultur und sozialem Miteinander öffnen.

SPD

a) Der wichtigste Schlüssel zur Bekämpfung von Armut ist es, Menschen wieder in Arbeit zu bringen. Die SPD in Berlin setzt darauf die Stärken unserer Wirtschaft zu stärken: Verkehrs- und Energietechnik, Medizintechnik und Gesundheitswirtschaft, Kommunikationstechnologie, Tourismus und Kreativwirtschaft. Damit diese Sektoren tatsächlich Arbeitsplätze für die Menschen in unserer Stadt schaffen, gehört eine aktive Qualifizierungs- und Arbeitsmarktpolitik dazu. Die SPD Berlin steht für eine enge Verzahnung von Arbeitsmarkt-, Struktur- und Bildungspolitik. Wir wollen allen Menschen eine Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt ermöglichen. Wir planen eine Reform der Jobcenter. Sie

sollen dezentraler arbeiten, kleiner werden und näher an den Menschen sein. Dafür wollen wir in ausgewählten Bezirken ein „Modellprojekt für Musterjobcenter“ aufstellen. Hier werden die Jobcenter in die Kieze verlegt.

Sinnvolle öffentliche Beschäftigung ist weiterhin nötig, um Wege in Beschäftigung zu eröffnen. Auch künftig wird der zweite Arbeitsmarkt eine feste Säule der Qualifizierungspolitik sein. Wir wollen ihn zielgerichteter ausrichten und den Qualifizierungsanteil erhöhen. Gemeinwohlorientierte Arbeit bauen wir weiter aus. Gleichzeitig werden wir die landeseigenen Betriebe stärker in die aktive Arbeitsmarktpolitik einbinden. Die SPD Berlin setzt sich für die Gründung von Dienstleistungsagenturen ein. So entstehen Arbeitsplätze für wohnortnahe und personenbezogene Dienstleistungen.

Entscheidend ist es, die soziale Situation in belasteten Quartieren zu stabilisieren, um zu verhindern, dass ganze Stadtteile und die in ihnen lebenden Menschen abgehängt werden. Durch eine gezielte Förderung müssen die Bewohner in den Quartieren stabilisiert, ermuntert und aktiviert werden. Dazu hat die SPD das Programm der Sozialen Stadt erfolgreich in Berlin umgesetzt. Der Erhalt des sozialen Zusammenhalts und seine Wiederherstellung, wo er verloren gegangen ist, werden auch in den nächsten Jahren eine der herausragenden Zielstellungen für uns sein. Unser Senat hat mit dem Quartiersmanagement und den darauf aufbauenden „Aktionsräumen Plus“ Instrumente der Intervention entwickelt, die durch ein hohes Maß an Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger und die Bündelung staatlicher Angebote die Nachbarschaften stabilisieren. Die Menschen bringen sich wieder ein in ihrem Kiez. Diese Arbeit, die inzwischen von vielen anderen Städten als vorbildlich übernommen worden ist, wie z.B. die Stadtteilmütterprojekte, werden wir fortsetzen, auch wenn wir von der schwarzgelben Politik auf Bundesebene nicht mehr hinreichend unterstützt werden.

Einen zentralen Schwerpunkt sehen wir in der Bildungspolitik. Im Berliner Schulwesen wollen wir die herkunftsbedingten Ungleichheiten abbauen und Chancengleichheit ermöglichen. Hier haben wir in der zu Ende gehenden Wahlperiode wichtige Reformen in Berlin auf den Weg gebracht. Wir haben die Sekundarschulen und die Gemeinschaftsschulen geschaffen. Berlin ist schon heute Spitze beim Ausbau der Ganztagschulangebote. In der nächsten Legislaturperiode wollen wir den flächendeckenden Ausbau von Ganztagschulen fortsetzen. Wir stärken die Schulsozialarbeit durch ein „Programm Soziale Schule“.

Wir wollen Stadtteilzentren, Nachbarschaftshäuser, Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen erhalten. An rund 200 Kitas in Berlin wollen wir Familienzentren einrichten, die koordinierte Beratung und Unterstützung für Familien anbieten. Besonders in sozialen Brennpunkten sehen wir hier einen erhöhten Bedarf. Die SPD will in allen Bezirken das Konzept „Bürgeramt Familie“ umsetzen. Familien sollen hier zu allen sie betreffenden Fragen beraten werden.

b) Die entscheidenden gesetzlichen Regelungen zur Steuerung der Miethöhen werden auf Bundesebene gesetzt. Deshalb hat der SPD-geführte Senat eine Bundesratsinitiative zur Änderung des Mietrechts auf den Weg gebracht. Um den Mietauftrieb zu verlangsamen, soll es Vermietern zukünftig nur noch erlaubt sein, die Miete innerhalb von drei Jahren um 15 Prozent zu erhöhen. Bislang gilt eine Erhöhungsgrenze von 20 Prozent innerhalb von zwei Jahren. Auch Mieterhöhungen bei Modernisierungen sollen von 11 Prozent der Modernisierungsaufwendungen auf 9 Prozent gesenkt werden.

Wichtigstes mietenpolitisches Steuerungsmittel auf der Ebene des Landes sind die öffentlichen Wohnungsunternehmen. Die SPD bekennt sich zu ihrem Gemeinwohlauftrag. Eine Privatisierung des öffentlichen Wohnungsbestandes lehnen wir ab; ihr Bestand soll auf 300.000 Wohnungen erhöht werden. Die SPD will weiterhin die öffentlichen Wohnungsgesellschaften für eine aktive Mietpreis begrenzende Politik einsetzen. Dafür sollen Zielvereinbarungen mit den Unternehmen abgeschlossen werden. Um den Anstieg der Vergleichsmieten im Mietspiegel zu dämpfen sollen die städtischen Gesellschaften dazu verpflichtet werden, auch bei Neuvermietungen die Wohnungsmiete auf den Vergleichswert des Mietspiegels zu begrenzen.

Auch die Mietensituation in den Sozialbauwohnungen gibt Anlass zur Sorge. Schon heute haben rund 37 Prozent der Sozialmietwohnungen in Berlin eine höhere Miete als vergleichbarer Wohnraum nach dem Mietspiegel. Deshalb hat der Senat eine Gesetzesinitiative für ein Wohnraumgesetz gestartet. Für Sozialwohnungen soll in den betroffenen Teilbereichen der Stadt das Kostenpreisrecht durch eine soziale Richtsatzmiete festgelegt werden. Diese leitet sich aus dem jeweils geltenden Mietspiegel her.

Wir wollen auch die Zweckentfremdungsverbotsverordnung wieder einführen, um die Umwandlung von Mietwohnungen in Ferienwohnungen einzudämmen.

Bündnis 90 / Die Grünen

a) Niedriglohn bringt niemanden weiter. Stattdessen wollen wir den Ausbau gerecht entlohnter Arbeit. Wir fordern den Ausbau auf Bundesebene der sozialen Sicherungssysteme hin zu einer grünen Grundsicherung und -rente.

b) Eine Stadt für alle braucht bezahlbaren Wohnraum in allen Bezirken. Zum Erreichen unserer Ziele wollen wir einen breiten Diskussions- und Entscheidungsprozess in der Stadt in Gang bringen. Diesen wollen wir mit allen Akteuren führen. Aber es braucht auch rechtliche Werkzeuge gegen die Verdrängung von Menschen aus ihrem sozialen Umfeld. Wir wollen mit einer Bundesratsinitiative erreichen, dass bei Gefährdungen der Wohnraumversorgung in Stadtteilen zeitlich begrenzt Mietobergrenzen für Wiedervermietungen möglich werden. Unser Ziel ist es, dass die Mieten bei Neuvermietungen von Wohnungen nicht in astronomische Höhen steigen. Vorschriften zur Verhinderung von Mietpreiserhöhungen müssen für Bezirke und Kieze gelten und nicht unbedingt für das gesamte Stadtgebiet. Wir wollen die Grenze von derzeit 20 Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete senken. Wir haben im Abgeordnetenhaus Initiativen eingebracht gegen Zweckentfremdung von Wohnraum, gegen die Umwandlung von Wohnungen in Ferienwohnungen sowie gegen Abriss. Rot-rot hat allerdings die meisten Anträge abgelehnt oder deutlich beschnitten. Wir wollen außerdem die Landeseigenen Wohnungsgesellschaften auf ihren ursprünglichen Zweck neu verpflichten, bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen.

CDU

a) Die aktuelle bundesweite Armutsstatistik beweist, Berlin hat seine traurige Spitzenposition in Sachen Armut und Armutsgefährdung behalten und ausgebaut. So leben mittlerweile 20% aller Berliner in prekären Verhältnissen – davon ca. 170.000 Kinder im Alter bis zu 18 Jahren. Jeder 7. ist von Armut bedroht. Das zeigt, dass die Maßnahmen des rot-roten Senats zur Armutsbekämpfung als

auch zur Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik ins Leere gelaufen sind und Armut verwaltet, anstatt beseitigt wird.

Die CDU ist der Auffassung, dass ohne einen gut funktionierenden Arbeitsmarkt und eine trag- und zukunftsfähige Wirtschaft die Sozialstruktur Berlins weiterhin instabil sowie weite Teile der Bevölkerung nach wie vor von Transferleistungen abhängig bleiben wird. Sozial-, Integrations- und Wirtschaftspolitik stehen deshalb für uns in einem unmittelbaren Zusammenhang. Den Menschen durch Bildung, Weiterbildung und Qualifizierung den Zugang zum Arbeitsmarkt und damit zur aktiven Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu erleichtern, muss das Hauptziel aller Bemühungen sein. Im Sinne einer aktivierenden Sozialarbeit wird die CDU ihren Fokus noch stärker auf Familien mit Kindern richten und deren Entwicklung befördern.

Vor diesem Hintergrund zeigt sich, dass der rot-rote Senat keine Übersicht hat, wie viel Geld für welche sozialen Leistungen ausgegeben wird. Hier rächt sich, dass Millionenbeträge unübersichtlich in kurzfristige Projektarbeit gesteckt sowie begrenztes Kiezmanagement und immer neue Aktionsprogramme über die unterschiedlichsten Senatsverwaltungen finanziert werden, ohne dass eine befriedigende Abstimmung zwischen den Hauptverwaltungen selbst bzw. zwischen Hauptverwaltungen und Bezirken stattfindet. Erschwerend kommt hinzu, dass es keine gesamtstädtische Sozialplanung und keine Wirkungsforschung zu den sozialen Angeboten gibt. Die Gelder versickern daher oft in unübersichtliche Strukturen, ohne dass der wirklich bedürftige Bürger damit erreicht wird.

Das will die CDU ändern und fordert eine abgestimmte Sozialplanung für die ganze Stadt. Wir wollen in bürgernahe Stadtteilarbeit anstatt in begrenztes Kiezmanagement investieren. Soziale Angebote vor Ort sind an bereits bestehende Gemeinweseneinrichtungen, wie z. B. Schulen, Kitas oder Stadtteilzentren, anzubinden. Damit können die Menschen mit ihren Problemlagen besser erreicht und schneller darauf reagiert werden. Ebenfalls lässt sich die Sozialplanung dadurch besser abstimmen und ein effektives Sozialmanagement aufbauen. Mit diesem Vorgehen werden Eigeninitiativen gefördert, Bürgeraktivitäten gebündelt und die Zusammenarbeit zwischen den Trägern und Einrichtungen gestärkt. Die Verwaltung soll sich auf Planung, Steuerung und Kontrolle der notwendigen Angebote als Kernaufgabe zurückziehen. Finanzielle Hilfen müssen beim Bürger ankommen und dürfen nicht in Verwaltungsprozessen versickern.

Berlin braucht eine bessere Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik, Bildungs- und Familienpolitik sowie eine Sozialpolitik, deren Angebotsstruktur auf der Grundlage abgestimmter Planungen und realer Bedarfszahlen erfolgt, um das Armutsrisiko zu senken.

Altersarmut

Die Gefahr, dass die Altersarmut in Berlin noch stärker zunehmen wird, ist sehr real, weil viele ältere Berliner Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen vor Eintritt in den Ruhestand jahrelang arbeitslos sind oder ausschließlich niedrige Einkommen erzielen. Sie erhalten dann auch nur eine kleine Rente oder fallen in die Grundsicherung. Dass diese Feststellung nicht aus der Luft gegriffen ist, zeigt eindrucksvoll die aktuelle Arbeitsmarktstatistik vom Mai dieses Jahres. Der Anteil an arbeitslosen Arbeitnehmern ab 50 Jahren beträgt zurzeit 24,4% und ist im Vergleich zum Vorjahr sogar um 10% gestiegen. Das ist besorgniserregend und beweist, dass die langjährigen Ankündigungen des rot-

roten Senats, gerade für diese Altersgruppe etwas tun zu wollen, nur leere Versprechungen waren. Das sogenannte „Jobwunder ÖBS“ kann hier als Ausrede nicht herhalten, weil nur wenige der Betroffenen davon profitieren konnten.

Auch bei der Betrachtung der Einkommenssituation Älterer nach dem Arbeitsleben ist eine Differenzierung notwendig: Während die Rentnerinnen und Rentner mit Grundsicherung noch weitere Sozialleistungen, wie zum Beispiel den Berlinpass erhalten, haben es die am schwersten, die gerade über der Grundsicherung liegen und keine Vergünstigungen bekommen. Besonders betroffen sind vor allem Singles, die keinen Ehepartner oder keine Ehepartnerin haben und mit ihrem Einkommen zum Armutsrisiko tendieren. Wir fordern daher, dass alleinstehende Rentnerinnen und Rentner, die mit ihrem Gesamteinkommen knapp über der Grundsicherung liegen, auch in den Berechtigtenkreis für den Berlinpass aufgenommen werden.

Abgesehen von diesen Sozialleistungen muss alles dafür getan werden, dass der Arbeitsmarkt sich weiter erholt, mehr Arbeitsplätze zur Verfügung stehen und die Potenziale der älteren Arbeitnehmer für den Arbeitsmarkt gehoben werden. Vor allem in diesem Bereich gibt es große Probleme. Die letzte Statistik des Arbeitsmarktes wies aus, dass über 10.500 freie Stellen nicht vermittelt werden konnten. Zahlreiche Unternehmen suchen Fachkräfte, jedoch vielfach ohne Erfolg.

Familienarmut

Kinder aus Hartz-IV-Familien sind nicht per se chancenlos, doch sie müssen mehr Barrieren überwinden, als Kinder aus gut situierten Familien, um am gesellschaftlichen Leben voll teilhaben zu können. Das hat die CDU-geführte Bundesregierung erkannt und sich dafür entschieden, durch das Bildungs- und Teilhabepaket mehr Chancengerechtigkeit zu ermöglichen. Hier sind wir erst am Anfang und müssen sehen, wie sich diese Maßnahme real auswirkt und positive Veränderungen bringt.

Jeder Kritiker des Bildungs- und Teilhabepakets – und hier insbesondere der rot-rote Senat – muss sich fragen lassen, was er selbst unternommen hat, um die Situation der Hartz-IV-Kinder und ihrer Familien zu verbessern. Tatsache ist, dass in Berlin unter SPD und Linkspartei bisher keine auf arme Familien und ihre Kinder zugeschnittene Programme und Leistungen entwickelt worden sind.

Da nach Auffassung der CDU Kinderarmut auch immer Familienarmut ist, muss alles dafür getan werden, die Familien bei der Bewältigung ihrer Alltagsprobleme zu unterstützen. Es muss vor allem mehr familienergänzende Leistungen geben, die Nachteile ausgleichen. So kann es nicht sein, dass z.B. arbeitende Familien, die auf ergänzende Leistungen durch die Jobcenter angewiesen sind, vom Berlinpass ausgeschlossen werden und damit keine Vergünstigungen bei Fahrpreisen und Veranstaltungen erhalten. Die CDU fordert deshalb seit langem, diese Personen in den Berechtigtenkreis aufzunehmen. Ebenso fordern wir, dass Kinder aus armen Familien unentgeltlich an zusätzlichen Freizeitaktivitäten teilnehmen können - bis hin zur vernünftigen Versorgung mit Mahlzeiten in Kitas und Schulen. Wir wollen aber auch bereits bestehende Institutionen, wie beispielsweise Kitas, Schulen und Jugendfreizeitstätten stärken, um Minderversorgungen für die Betroffenen auszugleichen. Freie Träger müssen gezielt finanziell unterstützt werden, damit sie ergänzende Angebote für die betroffenen Familien unterbreiten können. Einkommensschwache

Familien müssen nach unserer Auffassung auch mehr Unterstützung für Familienerholung und Familienurlaub erhalten.

Auch bei diesen besonderen von Armutsrisiko betroffenen Gruppen gelten die gleichen Schwerpunktstrategien, um Armut zu verringern. Diese Anliegen haben wir in dieser Legislaturperiode verfolgt wie auch zu Schwerpunkten in unserem Wahlprogramm gemacht.

b) Berlin ist und bleibt eine Mieterstadt. Ihr dynamischer Wohnungsmarkt stellt an Umfang, Vielfalt und Wohnqualität viele andere europäische Hauptstädte in den Schatten. Die große Angebotsvielfalt auf dem sich weiter ausdifferenzierenden Berliner Wohnungsmarkt ist die Voraussetzung dafür, dass die Mieten auch im Vergleich zu den nach wie vor relativ niedrigen Berliner Haushaltseinkommen jetzt und in Zukunft deutlich unterhalb des Niveaus vieler deutscher und europäischer Großstädte liegen. Günstige Mieten bei gleichzeitig hohen Wohnstandards gehen in Berlin Hand in Hand. Diese Tatsache ist auch ein entscheidender wirtschaftlicher Standortvorteil der Bundeshauptstadt. Es kommt daher in Zukunft auf ein ausreichendes Angebot an guten und günstigen Mietwohnungen an. Deshalb sollte die Neubauleistung etwa 6.000 Wohnungen pro Jahr betragen.

Berlins Kieze und Quartiere sind geprägt durch die Vielfalt ihrer Bewohner. Diese Durchmischung beugt der Entstehung von sozialen Brennpunkten vor und stabilisiert den sozialen Frieden. Ein zentrales stadtentwicklungspolitisches Ziel muss es daher sein, diese Durchmischung aus verschiedensten sozialen Schichten auch für die Zukunft zu erhalten. Die CDU Berlin setzt sich daher mit Nachdruck dafür ein, dass auch einkommensschwache Haushalte weiterhin in allen Kiezen Zugang zum Wohnungsmarkt haben. Das Rot-Rote Wohnraumgesetz ist dafür ein untaugliches Mittel. Unsere Vorstellungen dazu haben wir öffentlich vorgestellt und in einem Parlamentsantrag präsentiert.

Darüber hinaus werden wir dafür sorgen, dass die Kosten für die so genannte zweite Miete – nämlich die Betriebskosten – nicht ins Uferlose steigen. Öffentliche Gebühren und Abgaben (wie z. B. die Grundsteuer) dürfen nicht weiter steigen bzw. müssen auf dem jetzigen Niveau gedeckelt werden.

Eine große Sorge vieler Mieterinnen und Mieter unserer Stadt besteht vor der Privatisierung der öffentlichen Wohnungsbestände. Die CDU lehnt weitere Veräußerungen von öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften ab.

2) Bürgerschaftliches Engagement und Partizipation

a) Wie wird die Zivilgesellschaft an der Fortschreibung von Berlins Nachhaltigkeitsstrategie beteiligt? (C 2, Empfehlungen)

b) Wie werden Sie die Bürgerbeteiligung verstärken und die Anzahl der Beteiligungsverfahren und -gremien auf die geplanten 50% bringen? (B II 3.2, Handlungsziele)

FDP

a) Die Berliner Nachhaltigkeitsstrategie muss die nächste Phase erreichen und selbstverständlicher Bestandteil unseres Handelns werden. Dabei unterstützen wir die Partizipation der Bürger an der Fortschreibung.

b) Wir unterstützen einen hohen Anteil an Beteiligungsverfahren und -gremien. Die Eingriffsrechte des Senats in bezirkliche Verfahren wollen wir reduzieren und eine klare Trennung von bezirklichen und gesamtstädtischen Aufgaben erreichen. Nur so kann die nötige Transparenz für eine Bürgerbeteiligung auf der jeweiligen Ebene gewährleistet werden.

Insgesamt müssen Entscheidungs- und Abwägungsprozesse noch transparenter werden. Hierzu gehört die Veröffentlichung relevanter Gutachten sowie die Ermöglichung der Information und Beteiligung, z.B. an Planungsverfahren im Internet.

Wir wollen insgesamt die Elemente direkter Demokratie stärken und haben uns für die Ermöglichung von Bürger- und Volksentscheiden eingesetzt. Wir setzen uns im nächsten Schritt besonders dafür ein, dass die Ergebnisse bezirklicher Bürgerentscheide in Zukunft verbindlich werden.

Die Linke:

a) DIE LINKE steht auch dafür, Berlin mit seinen Bezirken und seinen Kiezen zu einer großen Bürgerkommune fortzuentwickeln. Wir wollen die demokratische Mitbestimmung aller Bürgerinnen und Bürger an kommunalen Entscheidungen auf allen Ebenen in unterschiedlichen Formen. Die Bürgerinnen und Bürger sollen Vorhaben und Projekte anregen können, sie sollen beraten können und vor allem sollen sie mitentscheiden und mitarbeiten können, wo immer das möglich ist.

DIE LINKE tritt dafür ein, dass die Quoren für erfolgreiche Volksbegehren und -entscheide nochmals abgesenkt werden. Auf Bezirksebene wollen wir die Möglichkeiten verbessern, rechtlich verbindliche Bürgerentscheide herbeizuführen.

b) Viele Menschen in unserer Stadt engagieren sich freiwillig in ihrer Nachbarschaft, in Schulen, Pflegeeinrichtungen, Sportvereinen, Bürgerinitiativen, Selbsthilfegruppen und im Kulturbereich. Ihr Engagement ist für ein gutes Miteinander unverzichtbar.

In mittlerweile fünf Bezirken können die Bürgerinnen und Bürger auch über die Verwendung der finanziellen Mittel mitentscheiden. Mit den Bürgerhaushalten können sie im Rahmen der vorhandenen finanziellen Spielräume Einfluss nehmen auf Investitions- und Förderentscheidungen in ihren Bezirken und Kiezen. DIE LINKE steht dafür, das Prinzip der Bürgerhaushalte und der Kiezfonds auszuweiten.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, freiwilliges bürgerschaftliches Engagement noch mehr zu fördern und anzuerkennen. Wir wollen Ehrenamtliche in ihrer Arbeit durch Weiterbildungsangebote ebenso unterstützen wie durch Fahrkarten, wenn eigene Mittel dafür nicht ausreichen. Wir setzen uns dafür ein, die Anerkennungskultur auszubauen. Wir wollen, dass in jedem Berliner Bezirk ein Freiwilligenzentrum oder eine Freiwilligenagentur finanziert wird. Nur so kann nachhaltig Engagement gefördert werden. Die bisherigen Landesmittel zur Finanzierung der Selbsthilfe, im Bereich der Pflege und der Nachbarschaftszentren wollen wir nicht nur sichern, sondern weiter ausbauen.

SPD

a) Die SPD sieht in einer weiteren Stärkung partizipatorischer Ansätze und Verfahren auf verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen ein hohes Potenzial zur Aktivierung der Bevölkerung und

zur Stärkung von Teilhabe. Dies kann auf verschiedenen Wegen erfolgen. Durch die kontinuierliche Teilnahme an Agenda –Arbeitsgruppen auf bezirklicher Ebene, aber auch sporadisch durch die Beteiligung an einzelnen Planungen in der Stadt. Beteiligung kann informell, aber auch formell durch Volksbegehren und Volksentscheide erfolgen. Wir haben Bürger- und Volksbegehren in die Verfassung von Berlin aufgenommen. Die Menschen in der Stadt machen zunehmend von diesen Rechten Gebrauch.

Bürgerinitiativen und Betroffenenvertretungen wollen wir unterstützen. Sie stärken die Identifikation der Menschen mit der Stadt und ihrer Lebensumgebung und damit auch die nachhaltige Entwicklung Berlins und seiner Kieze. Ein besonders wichtiges Feld sehen wir in der Stärkung der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Hier wollen wir ein Gesamtkonzept entwickeln. Wir setzen uns dafür ein, dass in allen Bezirken Kinder- und Jugendparlamente oder Kinder- und Jugendbüros eingerichtet werden.

b) Als Handlungsziel hatte das Abgeordnetenhaus 2006 festgeschrieben, die Anzahl der offiziellen Beteiligungsverfahren und –gremien um 50 % zu erhöhen. Angesichts der Vielfalt der intensiven Bürgerbeteiligungen in dieser Wahlperiode und angesichts mehrerer Volksabstimmungen und Bürgerbegehren in den Bezirken wurde dieses Ziel wahrscheinlich erreicht. Wir wollen uns damit aber nicht zufrieden geben. Wo Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten für Planungsprozesse verantwortlich sind, werden sie immer Beteiligungsverfahren als integrierten Bestandteil der Planung mit einbeziehen. Die von der SPD geführte Senatsverwaltung für Stadtentwicklung hat gerade zur Unterstützung der Bürgerbeteiligungsverfahren ein umfangreiches Handbuch „Partizipation als Teil modernen Verwaltungshandeln in Berlin“ der Öffentlichkeit vorgestellt. Es wird den Mitarbeitern der Verwaltung zur Verfügung gestellt und soll ihnen dabei helfen, Partizipation in Planungsprozesse und Verwaltungshandeln einzubeziehen.

Bündnis 90 / Die Grünen

a) Wir unterstützen dafür das bürgerschaftliche Engagement im Rahmen der Lokalen Agenda 21 in Berlin und deren Vernetzung mit den Bezirken und Brandenburg. Wir wollen zukünftig das Wissen der zivilgesellschaftlichen Akteure bündeln und zum Wohle der Region einen Nachhaltigkeitsrat für Berlin-Brandenburg einsetzen.

b) Zu einer neuen politischen Kultur für Berlin gehört auch, jenen Menschen mehr Mitbestimmungsrechte zu geben, deshalb ist es uns ein wichtiges Anliegen, das aktive Wahlalter auf 16 zu senken. Außerdem wollen wir dafür sorgen, dass jeder Bezirk ein Budget von mehreren tausend Euro für jugendpolitische Zwecke erhält, über dessen Verwendung Jugendliche aus dem Bezirk selbst bestimmen. Organisiert werden kann die Verteilung etwa über Kinder- und Jugendjurs oder andere Formen der Jugendbeteiligung.

Eine neue demokratische Kultur muss zum selbstverständlich gelebten Alltag auch in der Verwaltung werden. Dies schließt open Government, Open Data und Open source als zentrale Instrumente einer intelligent vernetzten Stadt ein. Die Umsetzung von Bürgernähe, Partizipation und Transparenz kann nur gelingen, wenn wir eine Verwaltung haben, die auf diese Ziele festgelegt ist und die das im Alltagsgeschäft sicher umsetzt.

Die meisten BerlinerInnen identifizieren sich insbesondere mit ihrem Kiez und wollen dort mitbestimmen. Außerdem lassen sich viele Angelegenheiten vor Ort am Besten lösen. Deshalb sollen die Bezirke mehr Kompetenzen und die nötige finanzielle Ausstattung bekommen, um eine demokratische Selbstverwaltung zu stärken. Hierdurch sollen ausreichende Ressourcen, klare und transparente Zuständigkeiten und unkomplizierte Informationen möglich werden. Vor allem im Planungsrecht werden wir Wege entwickeln, BürgerInnen frühzeitiger zu beteiligen und echte Alternativen zuzulassen.

CDU

a) Die Mitwirkung der Zivilgesellschaft ist auf vielfältige Weise möglich, wie z.B. über offene Foren von Umweltverbänden und Nichtregierungsorganisationen (NGO) aber auch von Parteien und Vereinigungen. Darüber hinaus bieten die modernen Kommunikationstechnologien ungeahnte Möglichkeiten der Einbeziehung möglichst vieler Teile der Bevölkerung (Facebook, Twitter). Es wird nur darauf ankommen, diesen Prozess möglichst effektiv zu organisieren.

b) Für die CDU sind Strukturen der demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten das Rückrat einer lebendigen Bürgergesellschaft. Demokratische Beteiligung des Bürgers drückt sich nach unserem Verständnis in erster Linie in Wahlen und Abstimmungen, aber auch in vielfältigen Formen des bürgerschaftlichen Engagements, aus. Dabei ist uns eine stärkere Einbindung der Bürger in die einer Entscheidung vorgeschalteten Prozesse wichtig. Aus diesem Grund setzen wir uns für beratende Gremien vor Ort, wie Ortsteilbeiräte ein, um für starke Bezirke und für eine starke Demokratie an der Basis zu sorgen.

Wir setzen uns für Verfahren ein, die eine aktive Beteiligung aller Betroffenen am Entscheidungs- und Durchführungsprozess ermöglichen und unterstützen. Unser Antrag zur Durchführung einer Volksbefragung über den Bau der A 100 zeitgleich mit der Abgeordnetenhauswahl am 18. September 2011 ist ein Beleg, dass es uns wichtig ist, die Berlinerinnen und Berliner vor politischen Entscheidungen anzuhören und einzubeziehen.

3) Verkehr/ Mobilität

Wie wollen Sie sicherstellen, dass die Verkehrsleistung der Innenstadt ein Verhältnis von mindestens 80% Umweltverbund und höchstens 20% motorisiertem Individualverkehr annimmt und in diesem Zusammenhang die Klimagasemissionen aus dem Berliner Verkehrssektor bis 2030 um mindestens 25% (verglichen mit 1990) sinken? (B III 3, Handlungsziele)

FDP

Wir setzen uns dafür ein, dass die freie Wahl der Verkehrsmittel erhalten bleibt. Der Verkehrsmix soll sich nicht durch Restriktionen, sondern durch ein interessantes, vielfältiges und gutes Angebot der verschiedenen Verkehrsträger verändern.

Dazu gehört für uns ein qualitativ hochwertiger und zuverlässiger ÖPNV aber auch die Verknüpfung verschiedener Verkehrsmittel (z.B. Rad/ ÖPNV) untereinander.

Die Linke

Öffentliche Mobilität ist Teil der Daseinsvorsorge. Die Stadt muss mit öffentlichen Verkehrsmitteln in attraktiven Taktzeiten gut erschlossen sein bis hin zu den Randgebieten mit geringerer Bevölkerungsdichte. DIE LINKE lehnt den Weiterbau der A 100 grundsätzlich ab. Ein innerstädtischer Autobahnring widerspricht sowohl den Ansprüchen an eine soziale und umweltgerechte Stadtentwicklung als auch den Klima- und Umweltzielen der Berliner Stadtpolitik. Für den Betrieb öffentlicher Verkehrsmittel sollen zu 100 Prozent erneuerbare Energien zum Einsatz kommen. Die intelligente Verknüpfung mit neuen Konzepten der Elektromobilität besonders für Taxen, Busse und Mietwagen trägt zur Stärkung des Umweltverbundes bei. Die Potenziale im Schienenfahrzeugbau, der Forschung und im Service in Berlin und Brandenburg sind zur Entwicklung einer umweltgerechten und stadtverträglichen Mobilität auszubauen und zu nutzen.

SPD

Sozialdemokratische Verkehrspolitik entlastet die Innenstadt und die Wohngebiete vom Autoverkehr. Mit der Verlängerung der A 100 zum Treptower Park wollen wir im Rahmen eines Gesamtkonzeptes Verkehre bündeln und aus der Innenstadt heraus leiten. Zum Gesamtkonzept gehören der Rückbau von Straßen, die Einführung von Parkraumbewirtschaftung in der Innenstadt, die Einführung von Tempo30-Zonen. Auf der anderen Seite gehört dazu der Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs z.B. durch die Verlängerung und den Neubau von Tramlinien und die Förderung des Fahrradverkehrs. In den vergangenen Jahren haben wir über 100 km neue Radwege gebaut. Wir führen das Sonderprogramm Verbesserte FußgängerInnenüberwege und Barrierefreiheit im Straßenraum fort.

Bündnis 90 / Die Grünen

Wir Grüne wollen Berlin zu einer Vorzeigemetropole für klimafreundliche Mobilität entwickeln und eine Mobilität für alle ermöglichen. Berlin braucht endlich ein klares Sektorziel für die Senkung der CO₂-Emissionen im Verkehr. Bis 2020 wollen wir die CO₂-Emissionen des Verkehrs gegenüber 1990 um mindestens 40 Prozent senken. Ziel ist eine klimaneutrale Mobilität bis 2050. Alle Maßnahmen des Stadtentwicklungsplans Verkehr müssen daher hinsichtlich ihrer Wirkung auf den Klimaschutz überprüft werden. Wir wollen die Alternativen zum Privatauto attraktiver machen, um noch mehr Menschen zum Umstieg zu bewegen. Der Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs, des Rad- und Fußverkehrs sowie die Instandhaltung von Straßen haben Vorrang vor Straßenneubau. Daher lehnen wir auch den Weiterbau der A100 ab. Wir wollen den Berlinerinnen und Berlinern ein noch besseres öffentliches Mobilitätsangebot machen. Der Schlüssel dazu liegt in der optimalen Verknüpfung aller Verkehrsarten: Busse und Bahnen, Radfahren und Zufußgehen, Auto, Taxi und Car-Sharing-Netze. Dem Rad- und Fußverkehr muss mehr Platz eingeräumt werden. Auf kurzen Distanzen ist das Fahrrad unschlagbar, seine Nutzung wollen wir durch ein attraktives Netz von Haupt- und Nebenrouten fördern.

Wir wollen das Berliner Tramnetz weiter ausbauen. Wir haben dafür einen Masterplan "Berliner Tramnetz" entwickelt mit dem wir Planungsrecht für neue Linien schaffen, die wir schrittweise realisieren wollen.

CDU

Bereits heute ist Berlin die Ballungsregion in Deutschland mit der geringsten PKW-Anzahl pro Einwohner und einem sehr hohen ÖPNV-Nutzungsgrad. Die Vorstellung des Senats, die Mobilität im Wesentlichen durch den ÖPNV, das Fahrrad oder zu Fuß zu gewährleisten, ist zum jetzigen Zeitpunkt pures Wunschdenken und in Anbetracht der derzeitigen Probleme in Teilen des ÖPNV-Angebots absurd. Einerseits ist der Senat nicht in der Lage, die bestellten ÖPNV-Leistungen bei der Berliner S-Bahn durchzusetzen. Insbesondere die beworbene Beförderung von Fahrrädern ist aufgrund der massiven Schlechtleistungen der S-Bahn nur noch stark eingeschränkt möglich. Auch die landeseigene BVG wird nicht in der Lage sein, zusätzlichen Verkehr abzuwickeln, da die massive Verschuldung von rund 800 Millionen Euro auf absehbare Zeit keine nennenswerten Investitionen ermöglicht.

Außerdem muss bei all diesen Überlegungen die demographische Entwicklung Berücksichtigung finden. Gerade ältere Menschen sind oft nicht in der Lage, große Strecken zu Fuß oder mit dem Fahrrad zurückzulegen, daher wird Mobilität immer auch motorisierten Individualverkehr bedeuten.

Des Weiteren müssen selbstverständlich auch die Belange des Wirtschaftsverkehrs Berücksichtigung finden. Deshalb ist eine Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs auf 20% unrealistisch und wirtschaftsfeindlich. Individualverkehr ist nicht gleichzusetzen mit Freizeitverkehr.

4) Berlin in der märkischen Landschaft

a) Wie wollen Sie über die nächsten 5 Jahre eine drastische Reduzierung der Flächenversiegelung erreichen (B IV 3.4, Handlungsziele), insbesondere bei Nachnutzungsprojekten wie Tempelhof und Tegel?

b) Wie erhalten Sie die Biodiversität der Stadt und sichern die ökologische Qualität von Ausgleichsmaßnahmen z.B. von Grünflächen und Lüftungsschneisen? (B IV 3.5, Qualitätsziele)

FDP

a) Die Flächeninanspruchnahme muss nachhaltig erfolgen. Flächen müssen bedarfs-gerecht und nachfrageorientiert entwickelt werden. Entwicklungen sollen auf diejenigen Bereiche konzentriert werden, bei denen eine gute Anbindung an technische Infrastruktur möglich ist. Dies bedeutet für die Entwicklung von Gewerbestandorten, dass sich diese primär an bestehenden Verkehrsanbindungen orientiert und für Wohngebiete, dass diese insbesondere dort entwickelt werden, wo sie heute schon gut mit Straßen und ÖPNV erreichbar sind.

Wir begrüßen, dass bei der Entwicklung von Tempelhof und Tegel die Versiegelung von Flächen begrenzt wird. Auf der anderen Seite wollen wir diese beiden Gebiete wieder in den Zusammenhang der Stadt integrieren. Hierzu gehört für uns auch eine Randbebauung. Da beide Gelände in Teilbereichen gut an die bestehende Verkehrsinfrastruktur angebunden sind, bietet sich hier auch eine Weiterqualifizierung der Flächen für Wohnungsbau und Gewerbe an.

Die FDP setzt sich dafür ein, dass unsere Stadt weiter wächst und Arbeitsplätze und Wohnungen geschaffen werden (siehe Frage II.1). Dabei sind zusätzliche Flächenversiegelungen unumgänglich.

Diese sind jedoch zu begrenzen. So wollen wir vor Ausweisung neuer Baugebiete zuerst Baulücken schließen. Zur Kompensation zusätzlicher Flächenversiegelungen unterstützen wir die Entsiegelung in der Innenstadt (z.B. Hofflächen) und wollen die Dach- und Hofbegrünung fördern. Darüber hinaus muss die Kompensation von Flächenversiegelungen in Zusammenarbeit mit Brandenburg im Rahmen der Gemeinsamen Landesplanung stattfinden.

b) Wir setzen uns unter anderem für folgende Punkte zum Erhalt der Biodiversität ein:

Vorausschauende und nachhaltige Stadtentwicklungsplanung:

- Vermeidung der Zerschneidung von Biotopen und Landschaftsräumen sowie Umsetzung entsprechender Freiraumkonzepte zur Vernetzung von Freiräumen und Biotopen
- Prioritätssetzung zugunsten der Innenverdichtung und Brachflächennutzung vor der Neuinanspruchnahme von Flächen
- Fertigstellung Biotopverbund

Landschaftsschutz:

- Verbindliche Vorgabe von Landschaftsplänen bei großen bzw. stadtraumprägenden Projekten
- Festlegung von Mindeststandards im Hinblick auf die ökologische Wertigkeit bei der Verwendung von Eingriffs-/ Ausgleichsmitteln
- Sicherung der speziellen Biotope mit ihrer besonderen Artenvielfalt
- Sicherung wichtiger Nahrungspflanzen und Lebensräume für in Berlin heimische, geschützte und besonders geschützte Tierarten, wie z.B. Schmetterlings-nahrungspflanzen
- Nachhaltige Waldbewirtschaftung und Anpassung der Wälder an die Herausforderungen des Klimawandels, z.B. durch Anbau möglichst vielfältiger Misch-bestände
- Erhaltung und Vernetzung von ökologisch wertvollen extensiv genutzten regionalspezifischen Lebensräumen (Heiden, Hecken, Streuobstwiesen, etc.)

Gewässerschutz:

- Zügige und nachhaltige Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie
- Umsetzung der vierten Klärstufe bei allen Klärwerken und Reduzierung der Direkteinleitungen
- Zügiger Ausbau eines Trennsystems sowie Schaffung entsprechender Retentions- und Rückhaltesysteme für Regenwasser
- Sicherung einer nachhaltigen Fischerei
- Zertifizierung der Binnenfischerei

- Weitmögliche Freihaltung der HQ-100 Flächen

Vermeidung und Verringerung von Emissionen:

- Altlastenmanagement – naturschutzorientierter Umgang mit stark belasteten Flächen und Reduzierung neuer Schadstoffeinträge, möglichst umgehende Beseitigung Natur gefährdender Altlasten
- Umsetzung eines Lichtkonzeptes, dass unnötige Lichtemissionen in Grünanlagen vermeidet

Umweltbildung:

- Ausbau der Umweltbildung mit dem Ziel des Heranführens an Natur, bewusster Umgang mit der Natur, Verständnis der Zusammenhänge in der Natur und breitere Akzeptanz von Schutzmaßnahmen

Die Linke

a) DIE LINKE setzt sich ein für eine Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes, da der FNP94 auf unrealistischen Wachstumsprognosen basierte. In Zeiten des Klimawandels muss mit Flächen in der Stadt sorgsamer umgegangen werden. Diese Erkenntnisse müssen z. B. auch in eine kritische Überprüfung der Planungen für IGA und IBA münden. Wir brauchen einen neuen Ansatz für eine klimagerechte soziale Stadterneuerung.

Die Menschen wollen auf dem Tempelhofer Feld vor allem den Park und individuelle Freiräume. DIE LINKE plädiert dafür, sich bei der Beantwortung der Frage der Nutzung des Tempelhofer Feldes viel Zeit und viel Freiraum zu lassen. Sie unterstützt die Nutzbarmachung und Wiedernutzung des Flughafengebäudes, sie unterstützt befristete und partizipativ bestimmte Pioniernutzungen. Sie setzt sich ebenso für Natur- und Artenschutz am Standort, für Grillwiesen und Hundeauslaufgebiete ein, sie hält gewerbliche Nutzungen an der Grenze zum S-Bahnring und zur Stadtautobahn für sinnvoll, sie plädiert ansonsten für deutliche Zurückhaltung auch bei Vorbereitungsmaßnahmen.

DIE LINKE unterstützt bei der Nachnutzung des Flughafens Tegel die breit getragenen Entwicklungsziele für ein modernes Industrie- und Technologiezentrum im Bereich der bereits bebauten und versiegelten Flächen. Besondere Beachtung verlangen die Belange des Trinkwasser- und Grundwasserschutzes im Einzugsbereich des Wasserwerkes Tegel.

Die Lage am Landschaftsraum Tegeler Forst ermöglicht außerdem eine umfassende Renaturierung von Randflächen und eine umweltgerechte Verflechtung mit den benachbarten Wohnsiedlungen und Stadtteilen.

b) Die biologische Vielfalt der Stadtnatur soll erhalten, die zusätzliche Versiegelung von Flächen vermieden und die Förderung der Hof-, Fassaden- und Dachbegrünung fortgesetzt werden.

Zusammenhängende Kaltluftschneisen und -gebiete sind Lebensquelle, Erholungsorte und für die Abkühlung unverzichtbar und müssen erhalten bleiben.

DIE LINKE will die Ausweisung von Schutzgebieten fortsetzen und einen funktionierenden Biotopverbund unter Einbeziehung der Gewässer realisieren. Das bedeutet, Havel, Spree und

Landwehrkanal natur- und stadtverträglich zu sanieren und weitere Flussläufe und Gewässerufer schrittweise zu renaturieren.

SPD

a) Mehr als in vielen anderen Metropolen resultiert Lebensqualität in Berlin auch aus seiner Vielfalt und Vielzahl von Grün- und Wasserflächen. Diese Freiräume mit ihren wichtigen ökologischen Funktionen, aber auch in ihrer Naherholungsqualität wollen wir erhalten. Zielsetzung unserer Politik ist es, den Flächenverbrauch zu reduzieren. Hierzu gehören vor allem die Vermeidung überdimensionierter Oberflächenversiegelung bei neuen Bauvorhaben sowie ein sukzessiver Rückbau versiegelter Flächen im Bestand. Am Leitbild der nachhaltigen Stadt soll auch die Liegenschafts- und Immobilienpolitik des Berliner Senats ausgerichtet werden. Die Vermarktung und Entwicklung landeseigener Grundstücke muss an ökologischen und nachhaltigen Zielen orientiert sein. Wir machen Investoren verbindliche Auflagen, auch zur Entsiegelung des Bodens.

Zu unseren Zielen für die Entwicklung des Tempelhofer Feldes gehört ein Park, der auch in Zukunft nicht bebaut wird. Er bleibt ein ökologisch wichtiger Freiraum innerhalb der dicht bebauten Innenstadt. Eine behutsame bauliche Entwicklung soll es nur an seinen Rändern geben. Auch bei der Entwicklung des Flughafengeländes in Tegel zu einem zukunftsorientierten Forschungs- und Industriestandort, werden wir auf einen möglichst geringen Flächenverbrauch achten und wo möglich heute versiegelte Flächenteile entsiegeln.

b) Wir wollen die Anlage, Pflege und Erhaltung von Grün im Stadtgebiet ausweiten und setzen dabei auch auf bürgerschaftliches Engagement. Dazu gehören Maßnahmen der Hof-, Fassaden- und Dachbegrünung ebenso wie Ersatzpflanzungen für 10.000 verloren gegangene Straßenbäume. Wir wollen vorhandene regionale Grünzüge erhalten und – soweit dies möglich ist – auch unter Einbindung des Berliner Umlands ökologisch vernetzen. Dies gilt z.B. für das „grüne Band“ von der Innenstadt bis zum Naherholungsgebiet Barnim entlang des innerstädtischen Grenzverlaufs. Neben der Ausweisung von Landschafts- und Naturschutzgebieten haben wir in Berlin 18 schutzwürdige Lebensräume – z.B. Moore, Eichen-Buchenwälder und Feldhecken – unter besonderen gesetzlichen Schutz gestellt. Damit sichern wir biologische Vielfalt.

Bündnis 90 / Die Grünen

a) Unser Ziel ist, im Rahmen einer zukunftsweisenden Planung die zusätzliche Flächeninanspruchnahme schrittweise zu reduzieren. Die unversiegelten Flächen des Flughafens Tegel wollen wir erhalten. Das Tempelhofer Feld soll im wesentlichen eine große Parklandschaft werden und darf keinesfalls innerhalb des Taxiwayrings bebaut werden.

Grün- und Freiflächen sind die Frischluftschneisen einer großen Stadt. Deshalb wollen wir den Flächennutzungsplan überarbeiten und an die aktuellen, gesunkenen Bevölkerungsprognosen anpassen. In der Bauleitplanung wollen wir Flächen für Grün und Natur auf Dauer freihalten. Dazu zählen auch die dauerhafte Sicherung der Kleingärten und die stärkere Verankerung des Baumschutzes im Baurecht. Die Bauordnung werden wir ökologisch ausrichten.

b) Wir setzen uns für eine umfassende Strategie der biologischen Vielfalt, für Arten- und Naturschutz überall in der Stadt ein. Dafür wollen wir Grünzüge sowie Naturflächen in einem Biotopverbund

miteinander vernetzen. Wir unterstützen urbane Landwirtschaft, die wachsende Bewegung für Gemeinschaftsgärten und interkulturelle Gartenprojekte. Wir engagieren uns für die Verwirklichung der sieben mit Brandenburg vereinbarten Regionalparks und den Aufbau eines Grüngürtels rund um die Stadt. Unser Ziel ist, im Rahmen einer zukunftsweisenden Planung die zusätzliche Flächeninanspruchnahme schrittweise zu reduzieren.

Wir werden die Bürgerinnen und Bürger stärker in zukünftige Planungen mit einbeziehen und in ihrem Engagement für ein grünes Berlin unterstützen und fordern. Wir setzen uns daher gleichzeitig für eine bessere Personalausstattung in den Ämtern ein. Außerdem wollen wir endlich wieder mehr Straßenbäume pflanzen als gefällt werden und durch frühzeitige Informationen über geplante Fällungen aufklären.

CDU

a) Selbstverständlich müssen bei der Entwicklung von Flächen im Stadtgebiet die Landschafts-, Klima- und Naturschutzbelange entsprechend berücksichtigt werden. Dies ist auch gesetzlich festgelegt. Bei unseren Konzepten für die Nachnutzung von Tegel und Tempelhof ist es uns sehr wichtig, dass weite Teile des Areals unbebaut bleiben, um die Funktion dieser Flächen als Kaltluftschneise zu erhalten, um das innerstädtische Klima gerade in den Sommermonaten positiv zu beeinflussen. Zudem ist auf einer Teilfläche des Flughafens Tegel sogar eine Wiederaufforstung vorgesehen.

b) Auch hier gilt der Grundsatz, dass Ausgleichsmaßnahmen gesetzlich vorgeschrieben und selbstverständlich umzusetzen sind. Hinsichtlich der Biodiversität und ökologischer Qualität muss Alles daran gesetzt werden, dass die bestehenden Grün- und Erholungsflächen gut gepflegt, Straßenbäume nachgepflanzt werden und insgesamt der Umweltverschmutzung und -zerstörung begegnet wird. Zur Erreichung dieser Ziele ist es wichtig, dass die Bezirke mehr Mittel für die Erfüllung dieser Aufgaben erhalten. Auf der anderen Seite muss der Senat von unnötigen Luxussanierungen, wie den vorgesehenen Maßnahmen am Gendarmenmarkt mit der Fällung von 150 Kugelhornbäumen, Abstand nehmen. Dieses ist nur ein Beispiel für unnötige Geldverschwendung zu Lasten vieler anderer wichtiger gesellschaftlicher Aufgaben.

5) Energie- und Klimaschutzpolitik

a) Welche konkreten Maßnahmen werden in den nächsten 5 Jahren umgesetzt, um das Klimaziel von 80% Reduktion des CO₂-Ausstoßes bis 2050 zu erreichen?

b) Was bedeutet das für die Berlinerinnen und Berliner?

FDP

a) Hauptziel ist für uns die Energieeinsparung und die energetische Effizienz. Ein Klimaziel ist aus unserer Sicht als Messgröße weniger hilfreich, da es methodisch schwieriger nachzuvollziehen ist. Das 80%-Ziel ist aus unserer Sicht auf größere Räume als nur die Stadt Berlin zu beziehen, um effizient umgesetzt werden zu können.

Zur Erreichung der Ziele unterstützen wir unter anderem die energetische Sanierung im Bestand, eine umweltfreundliche und damit emissionsarme Mobilität und eine dezentrale Energieerzeugung mit einem erhöhten Anteil erneuerbarer Energien.

b) Es ist uns wichtig, Belastungen der Bürger mit Maßnahmen zu vermeiden, die sich viele Bürger nicht leisten können. Deshalb sind z.B. die Mietsteigerungen (bezogen auf die Warmmiete), die durch energetische Sanierung verursacht werden, zu begrenzen.

Die Linke

a) Die Berliner Klimaziele – mindestens 40 Prozent weniger Kohlendioxid bis 2020 und 85 Prozent weniger bis 2050 gegenüber 1990 – sind für DIE LINKE bindend. Ein Berliner Klimaschutzgesetz und weitere Klimaschutzvereinbarungen sind dafür genauso notwendig wie die Erweiterung der bisherigen Stadterneuerungsstrategie um Aspekte des Klimaschutzes. In den geplanten Sanierungsgebieten und im Rahmen der geplanten Internationalen Bauausstellung (IBA) als stadtweite Klima-IBA sollen Bausteine für eine energetische Stadterneuerung entwickelt und erprobt werden. Quartiersbezogene Energieerzeugungskonzepte, Nahwärmelösungen auf der Basis erneuerbarer Energien gehören genauso dazu wie ökologisch fortschrittliche und sozial integrative, d.h. für breite Schichten der Bevölkerung bezahlbare Wohnungsbauvorhaben in Alt- und Neubauten.

b) Wir wollen ein Landesförderprogramm für die klima- und altersgerechte Wohnungsmodernisierung auf den Weg bringen. Ziel muss die Garantie für Mieter sein, dass bei der Umsetzung das günstigste Verhältnis von Kosten und Effizienz gewählt wird.

Eine Modernisierungsmaßnahme bedarf der Kontrolle und Mitbestimmung durch die Mieterinnen und Mieter. Eingeführt werden soll die Pflicht zur Vorlage von Modernisierungsvarianten und Wirtschaftlichkeitsberechnungen und zu begleitender Mieterberatung bei Modernisierungsankündigungen. DIE LINKE wird dies durch parlamentarische Aktivitäten einfordern.

SPD

Wir haben das ehrgeizige Berliner Klimaschutzziel festgeschrieben, nach dem bereits bis 2020 eine CO₂-Reduktion von mindestens 40 Prozent erreicht werden soll. Wir erhöhen bei der Energieversorgung schrittweise den Anteil der erneuerbaren Energien. Die Erhöhung der Energieeffizienz ist für uns ein zentraler Schlüssel für die Reduzierung des CO₂-Ausstoßes. Dies ist auch eine zentrale Aufgabe für Wissenschaft und Forschung. Wir wollen den Aufbau eines Kompetenzzentrums Energieforschung durch den Ausbau des Innovationszentrums Energie an der TU. Wir wollen ein Smart Kiez-Gebäudesanierungsprogramm auflegen und für Heizungs- und Lüftungstechnik einen Ideenwettbewerb für energieeffiziente Gebäudetechnik für Industrie und Handwerk ausschreiben.

Dabei wollen wir Mieterinnen und Mieter vor sanierungsbedingten Mietbelastungen schützen. Dafür haben wir eine Bundesratsinitiative zur Mietrechtsänderung gestartet (siehe Antwort zu Frage 1). Wir wollen darüber hinaus einen „Mieten-Airbag“, vor, der die Zusatzkosten mildert und schon in der Sanierungsphase greift. Der Mieten-Airbag wird gespeist aus dem Zukunftsenergie-Fonds. Energieversorger und Eigentümer sollen an ihm beteiligt sein.

Im Verkehr setzen wir auf den Ausbau der Elektromobilität. Bis 2020 sollen 100.000 Elektroautos in Berlin fahren.

Bündnis 90 / Die Grünen

Wir wollen die Treibhausgasemissionen Berlins bis 2050 um 95% gesenkt haben und die Stromversorgung auf 100% Erneuerbare umgestellt. Der Senat wird durch das Klimaschutzgesetz verpflichtet Klimaschutzaktionspläne für die Bereiche Gebäude, Verkehr, Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung vorzulegen. Um Berlins Energieversorgung Schritt für Schritt auf 100 Prozent erneuerbare Energien umzustellen, wollen wir unsere großen städtischen Potentiale für die nachhaltige Energiegewinnung jetzt erschließen durch die konsequente Nutzung von Abfällen und Abwasser, Erdwärme und Solarenergie. Für eine sinnvolle und nachhaltige Energieversorgung wollen wir Berlin und Brandenburg gemeinsam denken und gemeinsame Ziele und Umsetzungsstrategien entwerfen. Außerdem planen wir eine Informationsoffensive zum Thema Energie. Mit einem innovativen Fördermodell möchten wir energetische Sanierung ermöglichen und gleichzeitig Mietpreiserhöhung und soziale Verdrängung verhindern.

CDU

Wie bereits erwähnt, zählen wir zu den wichtigsten Maßnahmen zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes den Verzicht auf den Neubau eines Kohlekraftwerks, die Sanierung bzw. den Neubau anderer Kraftwerke in unserer Stadt sowie die bereits erwähnten energetischen Maßnahmen im Gebäudebestand. (Ausführliche Darstellung insbesondere zum Berliner Klimaschutzgesetz erfolgte in den vorherigen Antworten.)

6) Wirtschaften und Arbeiten

a) Wie wollen Sie die Anzahl der Beschäftigten in kleinen und mittleren Unternehmen um 20% steigern? (B VI 3.2, Handlungsziele)]

b) Wie wollen Sie den Anteil der Erwerbstätigen auf Null senken, die unterhalb der Armutsgrenze leben? (B VI 3.1, Handlungsziele)

c) Wie erhält, wer keine Chance auf einen Arbeitsplatz hat, eine entlohnte Tätigkeit im öffentlichen oder gemeinnützigen Sektor? (B VI 3.5, Handlungsziele) >>

FDP

a) Wir streben keine gesonderte Steigerung der Anzahl der Beschäftigten in KMU um 20 % an, sondern wollen eine deutliche Steigerung der Arbeitsplätze in Berlin insgesamt. Allerdings werden aufgrund der wirtschaftlichen Strukturen in Berlin Arbeitsplätze vor allem in KMU geschaffen werden. Die Politik kann dabei einiges tun, um die Anzahl der Arbeitsplätze in kleinen und mittleren Unternehmen zu steigern:

- Bessere Rahmenbedingungen für unternehmerisches Handeln, z.B. durch Reduktion des Steueraufwandes für Unternehmen, Verringerung der Bürokratiekosten (Reduzierung unnötiger und zeitaufwendiger Berichtspflichten, Umstellung der Verwaltungsprozesse auf zeit- und kostengünstiges e-Government).
- Förderung und Erleichterung von Unternehmensneugründungen

- Verbesserung der Berufsqualifikationsmöglichkeiten und der Berufsausbildung (Modularisierung und Durchlässigkeit)

b) Leider hat Berlin eine hohe Anzahl von Menschen, die nur über eine geringe Bildung und eine schlechte oder gar keine Ausbildung verfügen. Die Wertschöpfung ihrer Arbeit ist deshalb manchmal so niedrig, dass ihre Löhne nicht ausreichen, ein Mindesteinkommen sicherzustellen.

Der Lohn kann nicht über der erwirtschafteten Wertschöpfung liegen. Deshalb benötigen wir für schlecht ausgebildete Menschen einen Niedriglohnsektor, denn kein Arbeitsplatz ist schlechter als niedrig entlohnte Arbeit.

Die FDP ist dafür, in diesen Fällen den Lohn über staatliche Leistungen wie Wohngeld, Kinderzuschlag oder Arbeitslosengeld II zu ergänzen, um für alle ein menschenwürdiges Leben sicherzustellen.

Sittenwidrige Löhne sind heute bereits verboten, dadurch wird ausgeschlossen, dass Unternehmen Niedrigstlöhne zahlen und staatliche Sozialtransfers zur Grundlage ihrer betriebswirtschaftlichen Kalkulation machen.

Das Problem der sog. Aufstocker bzw. Ergänzter ist im Übrigen geringer, als oft angenommen. Die weitaus meisten der 128.000 Menschen, die in Berlin arbeiten und gleichzeitig Arbeitslosengeld II (Hartz IV) erhalten, sind nur geringfügig beschäftigt. Die Zahl derjenigen, die Vollzeit arbeiten und Hartz IV beziehen, liegt bei 34.000. Von diesen müssen wiederum 23.000 Angehörige versorgen, sie stehen dem Arbeitsmarkt also nicht voll zur Verfügung. Die Zahl von ca. 11.000 Menschen, die mit dem Lohn ihrer Vollzeitstelle nicht auskommen ist natürlich immer noch zu hoch.

c) Zweite Arbeitsmärkte wie den öffentlichen Beschäftigungssektor lehnt die FDP grundsätzlich ab, da durch diese Lohnsubvention Arbeitsplätze des ersten Arbeitsmarktes bedroht oder sogar verdrängt werden. Jeder muss eine Chance im ersten Arbeitsmarkt bekommen.

Die FDP setzt deshalb auf einen Niedriglohnsektor im ersten Arbeitsmarkt, der über staatliche Sozialleistungen (s.o.) ergänzt wird. Außerdem stehen Arbeitsämter und Jobcenter in der Pflicht, die Vermittlung wenig Qualifizierter passgenauer zu gestalten und proaktiv nach passenden Arbeitsangeboten auf dem ersten Arbeitsmarkt zu suchen.

Die Linke

a) DIE LINKE will Berlin zu einer bundesweiten Modellregion für moderne innovative Technologien auf Feldern wie Elektromobilität, Wasserversorgung und -entsorgung, Gesundheitswirtschaft ausbauen und dabei die Zusammenarbeit von Wirtschaft und Wissenschaft verbessern. Bestehende Technologie- und Innovationsparks und die Entwicklung neuer innovativer Orte wie Tempelhof, Tegel oder das Technologie- und Gründungszentrum in Charlottenburg werden wir stärken. Kleine und mittlere Unternehmen sind an dieser Entwicklung zu beteiligen. Deshalb fördern wir etliche regionale Projekte in Bereichen der Nahrungsmittelwirtschaft, Bauwirtschaft, Umwelttechnik und des Tourismus.

b) (Siehe Antwort zu II. 1)

c) DIE LINKE ist in Berlin angetreten, den Einstieg in den ÖBS auf Landesebene zu organisieren. Die Bundesregierung lehnt den ÖBS als Gegenmodell zu ihrer Arbeitsmarktpolitik ab. Wir haben ihn dennoch durchgesetzt und wollen ihn auch in der nächsten Wahlperiode verstetigen und ausbauen. Um Arbeit statt Arbeitslosigkeit vernünftig finanzieren zu können, werden wir dafür streiten, Mittel, die ohnehin zur Finanzierung der Arbeitslosigkeit aufgewandt werden müssen, zu bündeln. So können zusammen mit Landesgeldern tariflich, mindestens aber nach Mindestlohn bezahlte weitere Stellen im ÖBS geschaffen werden.

Es gilt ebenso, den ÖBS in seinem Anwendungsbereich auszudehnen. So wollen wir die Gründung sozialer Unternehmen – zum Beispiel von Genossenschaften – mit einer Tätigkeit im ÖBS unterstützen. Die Erreichung des Handlungsziels ist wegen der Ablehnung des ÖBS auf Bundesebene nur in kleinen Schritten erreichbar.

(Siehe auch Antwort zu II.1)

SPD

a) Basis unseres Wohlstands sind die vielen kleinen und größeren Unternehmen am Standort Berlin. Wir schaffen für sie gute Rahmenbedingungen durch Bürokratiearmut. Zahlreiche Unternehmen sind in den letzten Jahren in Berlin entstanden. Wir wollen sie wirksam unterstützen. In dieser Wahlperiode wurde dafür der Unternehmensservice in den Bezirken eingeführt. Wir wollen ihn weiter verbessern, damit er vor Ort Ansprechpartner für die Anliegen der Betriebe ist. Diese aktive Bestandspflege ist uns wichtig.

Darüber hinaus wollen wir Unternehmensgründungen unterstützen, zum Beispiel durch die Schaffung von Technologie- und Gründerzentren wie in Charlottenburg-Wilmersdorf, Oberschöneweide oder Dahlem. Die SPD setzt sich – insbesondere für Unternehmensgründerinnen und -gründer in der Kreativwirtschaft – für den Aufbau von Co-Working-Arbeitsplätzen, also Räumlichkeiten und Infrastruktur für kleine Selbständige ein. Die Investitionsbank Berlin muss ihr Profil als Strukturförderbank sowie Förderer und Partner der Berliner Unternehmen und Selbständigen weiter schärfen. Wir werden dafür die Kreditprogramme der IBB evaluieren.

Durch möglichst kleinteilige Auftragsvergabe der öffentlichen Hand wollen wir das regionale Handwerk stärken. Die energetische Sanierung von Gebäuden schafft viele Arbeitsplätze in unterschiedlichen Gewerken. Daher werden wir nicht nur aus umweltpolitischen, sondern auch aus wirtschaftspolitischen Gründen hier einen Schwerpunkt in der Investitionspolitik setzen.

b) Die SPD setzt sich für die Einführung von gesetzlichen Mindestlöhnen von 8,50 Euro ein. In Berlin werden wir in der nächsten Legislaturperiode das Berliner Vergabegesetz, mit dem wir bundesweit als erstes Land die Einhaltung von Mindestlöhnen als Vergabebedingung festgeschrieben haben, entsprechend anpassen. Gerechte und existenzsichernde Löhne und die Stärkung von Arbeitnehmerrechten gehören zu einer modernen Arbeitsgesellschaft und fördern Motivation der Beschäftigten.

c) Die SPD will sich nicht damit abfinden, dass Menschen auf Dauer keine Chance auf einen Arbeitsplatz haben. Deshalb setzen wir auf eine aktive Arbeitsvermittlung und vor allem auf Qualifizierung. Wir planen eine Reform der Jobcenter, damit sie dezentraler arbeiten kleiner werden

und näher an den Menschen sind. Der Betreuungsschlüssel zwischen Vermittlern und Arbeitslosen soll verbessert werden.

Dennoch wissen wir, dass sinnvolle öffentliche Beschäftigung nach wie vor nötig ist. Dazu haben wir den Öffentlichen Beschäftigungssektor, über den Langzeitarbeitslose gesellschaftlich wertvolle Arbeit im kulturellen oder Sozialbereich erhalten, für die nächsten Jahre auf ein sicheres Fundament gestellt. Es sollen 5.000 Arbeitsplätze erhalten werden. Das Land Berlin wird dafür trotz seiner schwierigen Finanzlage eigene Mittel in Höhe von 36 Millionen Euro pro Jahr ausgeben. Öffentliche Beschäftigung muss jedoch mit Qualifizierung verbunden werden, damit sie Menschen langfristig weitergehende Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt eröffnet.

Bündnis 90 / Die Grünen

a) Berlin muss Gründungshauptstadt werden. Kulturelle Vielfalt, alternative Modelle der Arbeitsorganisation und neue Unternehmensformen bereichern schon heute die Berliner Wirtschaft. Wir wollen dafür sorgen, dass durch besseren Zugang zu den Fördermöglichkeiten und Weiterbildungsmaßnahmen und nicht zuletzt durch eine transparente Verwaltung Hürden überwunden werden. Wir wollen unternehmerische Kompetenzen und Unternehmensgründungen von Frauen gezielt fördern. Allen Gründerinnen und Gründern, ob jung, ob alt - ob deutsch oder anderer Herkunft, öffnen wir die Türen, bieten Anerkennung und finanzielle Unterstützung. Es bedarf einer niedrigschwelligen Anlaufstelle, die Kompetenzen bündelt und GründerInnen während der notwendigen administrativen Prozesse konstruktiv begleitet. Wir werden den Mentalitätswechsel vorantreiben - von der Schule über die Ausbildung bis zur Verwaltung.

Haus der Wirtschaft - Unternehmerservice an einem Ort: Für alle Fragen, rund um die Unternehmensgründung und -Entwicklung in Berlin soll es das Haus der Berliner Wirtschaft geben. Hier gibt es offene Ohren, gebündelte Beratungs- und Entscheidungskompetenz und moderne Datenverarbeitung. Mehrsprachigkeit ist selbstverständlich. Im Haus der Wirtschaft werden wir die Verantwortlichen der Wirtschaftsverwaltung aus den Bezirken und dem Senat, Berlin Partner, die Kundenberatung der IBB etc. an einem Ort bündeln. Investoren werden zeitnah, transparent und kompetent mit den wichtigsten Informationen versorgt und in ihren Bemühungen, Wirtschaftskraft in Berlin zu mehren, tatkräftig unterstützt.

b) 100.000 neue Jobs: In den nächsten zehn Jahren werden allein in Deutschland 235 Milliarden Euro in Anlagen zur Erzeugung von Strom, Wärme und Kraftstoffen aus erneuerbaren Energien investiert werden. Davon muss einiges nach Berlin fließen. Dass Ökologie und Ökonomie kein Widerspruch sind, zeigen die 42.000 Arbeitsplätze in der Umweltbranche in Berlin. Die Branche wächst jedes Jahr um zehn Prozent. Allein in diesem Bereich könnten in den nächsten fünf Jahren 20.000 Arbeitsplätze zusätzlich entstehen. Deshalb setzen wir auf die Green Economy als dauerhafte Verknüpfung von ökonomischen und ökologischem Erfolg.

Besondere Chancen sehen wir im Mobilitätssektor, im Bereich der erneuerbaren Energien und Energietechnik, sowie der Wasser- und Kreislaufwirtschaft stecken noch enorme Entwicklungspotentiale für Berlin. So wollen wir zur Modellstadt der grünen Industrialisierung

werden - um Platz, an dem mit neuen, ressourcenschonenden Produktionsmethoden für Klimaschutz und mit den Technologien der Zukunft produziert wird.

Auch in der Kreativwirtschaft steckt noch Potenzial. Über 25.000 Unternehmen erwirtschafteten 2009 18,3 Milliarden Euro mit ca. 121.000 sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten. Der Bereich wird weiter wachsen. Hier werden 10.000 weitere neue Arbeitsplätze entstehen. Auch im Tourismus rechnen wir mit mindestens 10.000 neuen Arbeitsplätzen. Gerade in den sozialen Dienstleistungen entscheidet sich, wie wir im zukünftigen Berlin zusammen leben werden. In Bildung und Betreuung, Gesundheit und Pflege können weitere Arbeitsplätze entstehen. Die 100.000 sind machbar - qualifiziert und angemessen bezahlt.

c) Kein Abschluss ohne Anschluss: Wir wollen den Dschungel aus Übergangsmaßnahmen zwischen Schule und Beruf lichten und klare Förderstrukturen schaffen. Kurse ohne verwertbares Zertifikat werden abgeschafft. Das spart Geld für anderes. Jugendliche mit Schulabschluss, die keine betriebliche Lehrstelle bekommen haben, können eine öffentlich geförderte, hochwertige schulische Berufsausbildung erhalten, die sich am regionalen Arbeitsmarkt orientieren muss und die Möglichkeit eines Wechsels in eine betriebliche Ausbildung offen hält. Zusätzlich findet an allen Schulen eine frühere Berufsorientierung statt, die viel Praxis außerhalb der Schule einschließt und jenseits von Geschlechterklischees Raum zum Ausprobieren gibt. Dafür braucht es eine neue Kultur der Zusammenarbeit zwischen Schulen, Eltern, Betrieben, Bildungsträgern, Arbeitsagentur usw. Jede und jeder Jugendliche bekommt eine feste Ansprechperson, die sie bzw. ihn über das Ende der Schulzeit hinaus bis in den nächsten Ausbildungsschritt begleitet.

CDU

a) Arbeitsplätze schaffen die Unternehmen selbst – durch eine zukunftsorientierte und auf die Absatzmärkte hin orientierte Produkt- und Preispolitik. Als CDU wollen wir Rahmenbedingungen für kleine und mittlere Unternehmen schaffen, durch die eine positive Ansiedlungs-, Investitions-, Beschäftigungs- und Wachstumspolitik unterstützt werden. Hierzu gehören Investitionen, die nachhaltig und zukunftsfähig sind. Investitionen in die energetische Gebäudesanierung an den Bedarf und an die entwicklungspolitischen Ziele anzupassen, ist nur ein Beispiel. Im vergangenen Jahr war der Finanzrahmen zur Sanierung bereits nach wenigen Monaten aufgebraucht. Deshalb entgingen Handel und Handwerk ein erhebliches Maß an Arbeit, Ab- und Umsatz. Derart zielgerichtete Förderprogramme müssen konsequent ausgebaut werden.

Ein Beispiel hätte die Förderung von Investitionen zur Nachnutzung des Flughafens Tempelhof als internationales Gesundheitszentrum mit angeschlossener Universität sein können. Mit weiteren Investoren aus der Hotel- und Technologiebranche und der Nutzung des Flughafens als Geschäftsflughafen hätte dies eine Investition von 350 Mio Euro und tausende Arbeitsplätze bedeutet. Derzeit zahlt der Steuerzahler jährlich 35 Mio Euro für eine Brache. Wenn ein Senat solche Chancen vorüberziehen lässt, kann er niemals ambitionierte Ziele erreichen.

b) Es gibt keine Erwerbstätigen, die unter der Armutsgrenze leben. Erwerbstätige, die aufgrund ihres geringen Einkommens unter der Armutsgrenze liegen, erhalten Transferzahlungen. Diese Möglichkeit der Aufstockung ist ein wichtiges Instrument, um Menschen zunächst überhaupt in Arbeit zu bringen und sie im Weiteren durch entsprechende Anreize auf den ersten Arbeitsmarkt vermitteln zu

können. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass die Berlinerinnen und Berliner nicht nur Anspruch nach dem SGB II (Grundsicherung), sondern auch nach dem SGB III (Arbeitsförderung) in Form von aktiver Arbeitsförderung oder Eingliederungsleistungen haben. Ein gesetzlich flächendeckender Mindestlohn würde eher Arbeitsplätze gefährden; deshalb war die Übereinkunft für weitere branchenspezifische Mindestlöhne (Wachgewerbe, Entsorgungswirtschaft, Pflegedienste etc.) über das Arbeitnehmerentsendegesetz ein richtiger und wichtiger Schritt.

Wir wollen die Tarifautonomie stärken, denn die Vertragspartner wissen am besten, welche Löhne aufgrund der Wirtschaftslage vertretbar und erreichbar sind.

c) Alle Anstrengungen sind darauf zu richten, Erwerbsfähigen und –willigen einen Arbeitsplatz im ersten Arbeitsmarkt anzubieten. Bürgerinnen und Bürger, die kurzfristig keine Chance auf die Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt haben, müssen Möglichkeiten der Vermittlung in eine öffentliche oder gemeinnützige Beschäftigung erhalten. Dabei ist jedoch stringent und konsequent darauf zu achten, dass diese Tätigkeiten nicht Arbeitsplätze in regulären Beschäftigungsverhältnissen im ersten Arbeitsmarkt konterkarieren und zu deren zwangsläufigem Abbau führen: Es darf keine Substitution regulärer Beschäftigungsverhältnisse durch subventionierte Arbeitsplätze geben.

Ein wesentlicher Fortschritt im Zuge der Vermittlung vor allem gering qualifizierter Langzeitarbeitsloser in Beschäftigungsverhältnisse erfolgt durch eine Neuregelung im Rahmen der beruflichen Weiterbildung. Waren bislang grundsätzlich zwei Jahre Weiter- und Fortbildungsmaßnahmen förderfähig, so können heute durch eine Gesetzesinitiative der CDU-geführten Bundesregierung die Vermittler in den Arbeitsagenturen und Jobcentern besonders engagierten Langzeitarbeitslosen per Bildungsgutschein ein weiteres - ein drittes Jahr - der Fortbildung ermöglichen, was eine vollständig neue Ausbildung darstellt.

Dieser von der Bundesministerin von der Leyen konzipierte Gesetzentwurf sieht trotz aller haushaltsbedingter Effizienzsteigerungen und struktureller Einsparungen eine weitreichende Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt vor.

Der in Berlin geltende Öffentliche Beschäftigungssektor mit jährlich rd. 150 Mio. Euro Budget, den wir aufgrund seiner geringen Erreichbarkeit von gerade einmal 3% aller Arbeitslosen in Berlin ablehnen, ist leider auch in der Hinsicht der Zusätzlich- und/oder Zweckmäßigkeit anders aufgestellt, als derjenige in Mecklenburg-Vorpommern. Dort hat man laut eines Abschlussberichts bezüglich der Projektentwicklung im Konsens aller beteiligten Akteure Konflikte in Bezug auf Förderfähigkeit bzw. Zusätzlich- und Zweckmäßigkeit von vornherein ausgeschlossen. Alle Projekte wurden in einem regional zusammengesetzten Beirat beraten und im Konsens beschlossen. Zu diesem Beirat gehörten u.a. Sozialpartner, Kommunen, Kammern, Kirchen und Verbände.

7) Bildung für die Zukunft

a) Kein Schulabgänger ohne Schulabschluss – womit erreichen Sie das? (B VII 3.1, Handlungsziele)

b) Wie können Bildungsinhalte und -strukturen nach dem Programm „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (BNE) ausgerichtet und dauerhaft verankert werden? (B VII 2, 3.2, D 1.1)

FDP

a) Schulen müssen ihre individuelle Förderleistung für jeden einzelnen Schüler belegen. Dafür brauchen sie individuelle Förderbudgets, die dem einzelnen Schüler zu Gute kommen und keine Gießkannenförderung.

Die FDP will den Wettbewerb der Schulen um die besten pädagogischen Konzepte und eine Differenzierung der Schulangebote, um die Talente jedes Schülers optimal fördern zu können. Dies will die FDP mit dem Konzept der „Bürgerschule“ vorantreiben. Es besteht aus einer schülerbezogenen Finanzierung, der freien, vom Land finanzierten Schulauswahl unter allen, auch privaten, Schulanbietern und der selbstständigen, sich selbst verwaltenden einzelnen Schule, die ihr jeweils eigenes pädagogisches Profil entwickelt.

Erfolgsrezepte wie die von ausgezeichneten „Starken Schulen, die zur Ausbildungsreife führen“ müssen stärker von anderen Schulen genutzt werden. Schulen müssen sich mehr öffnen, um mit externen Experten zusammenzuarbeiten. Wir fordern hier vor allem stärkere Kooperationen von Schulen und Betrieben, insbesondere auch durch Austauschprogramme zwischen Ausbildern, Lehrkräften und Schulleitern.

An den Schulen muss in enger Kooperation mit Experten aus der Arbeitswelt früher und viel individueller an die Berufs- und Karriereorientierung herangegangen und den Schülern die ungeheure Vielfalt der Ausbildungsberufe vermittelt werden.

Wir wollen vor allem eine Förderung schon vor dem Schulanfang. Hierzu gehören eine Startklasse, Sprachtests und zusätzliche Sprachförderung bei Schulbeginn, denn in den ersten Jahren werden wesentliche Voraussetzungen für den Schulerfolg geschaffen.

b) Wir sehen in dem Paradigmenwechsel weg von Lehrplaninhalten hin zur Lernziel- und Kompetenzorientierung der Bildungsstandards große Chancen für die „Bildung für nachhaltige Entwicklung“, insbesondere im Hinblick auf Gestaltungskompetenz. Diese Gestaltungskompetenz erlernen Schulen und Schüler, indem sie beim Erreichen von Zielvorgaben und Bildungsstandards größtmögliche pädagogische Gestaltungsfreiheit erfahren. Für diese Gestaltungsfreiheit, die Schulprofilbildung und insbesondere für die Öffnung der Schule gegenüber verschiedenen Professionen und Kooperationspartnern brauchen die Schulen ein eigenes Budget, Personalhoheit und vor allem Selbstständigkeit. Bildungseinrichtungen wie Kitas und Schulen müssen stärker zusammenarbeiten und zu zentralen Anlaufstellen in Familien-, Erziehungs- und Bildungsfragen werden. So entstehen Bildungseinrichtungen, die nicht nur mit den Eltern, sondern mit vielfältigen Berufsgruppen und Kooperationspartnern echte Bildungs- und Erziehungspartnerschaften eingehen und Freiwilligenengagement sowie Mitgestaltung ermöglichen. Dazu ist es nötig, unüberschaubare Einzelangebote wie z.B. aus dem Programm „Soziale Stadt“ in ein integriertes bildungspolitisches Konzept zu überführen.

Die Linke

a) Bildung beginnt in der Kita. Wir haben erreicht, dass heute der Besuch einer Kita in Berlin für alle Kinder im Alter zwischen drei und sechs Jahren für bis zu sieben Stunden kostenfrei ist. Zugleich haben wir es geschafft, dass dem Kita-Volksbegehren gefolgt und die personelle Ausstattung der Kitas Schritt für Schritt verbessert wird.

Gemeinschaftsschulen und der flächendeckende Ausbau von Ganztagschulen sind weitere wesentliche Elemente unseres Bildungskonzepts. Mit diesen Maßnahmen werden Voraussetzungen dafür geschaffen, dass möglichst viele Schulabgänger die Schulen mit einem Schulabschluss verlassen und den Einstieg ins Berufsleben schaffen.

b) Neue Herausforderungen in Umwelt und Gesellschaft wie der Klimawandel und der technologische Fortschritt, neue Herausforderungen im persönlichen Leben, aber auch im Zusammenleben miteinander in unserer Stadt müssen sich auch in den Lerninhalten wiederfinden. Wissen über Nachhaltigkeit muss ebenso vermittelt werden wie Kompetenz im Umgang mit neuen Medien. Das neu geschaffene Fach Ethik trägt dazu wesentlich bei. Die Bildungsinhalte können aus unserer Sicht am besten in Gemeinschaftsschulen vermittelt werden, der Ausbau des Gemeinschaftsschulsystems wird von uns deshalb weiterhin eingefordert.

SPD

a) Wir haben uns in unserem Wahlprogramm das Ziel gesetzt, in den kommenden fünf Jahren die Zahl der Schulabbrüche zu halbieren. Dafür haben wir wichtige Schulreformen auf den Weg gebracht. Vor allem haben wir die bisherigen Haupt-, Real- und Gesamtschulen zur neuen Schulform der Integrierten Sekundarschule zusammengefasst. Hier können Schülerinnen und Schüler individuell gefördert werden und jeden Schulabschluss machen, auch das Abitur. Die Gemeinschaftsschulen bilden ein zusätzliches Angebot für das gemeinsame Lernen von der 1. Klasse bis zum Ende der Schullaufbahn. Damit verfolgen wir unser Ziel Chancengleichheit in der Bildung zu erreichen und soziale herkunftsbedingte Unterschiede abzubauen.

Aber auch die frühkindliche Bildung in der Kita, die wir ausgebaut und von Gebühren befreit haben, liefert wichtige Grundlagen, um späterem Schulversagen entgegen zu wirken. Die Erfolge sind dabei messbar. Die verstärkte sprachliche Bildung in den Kitas hat z.B. dazu geführt, dass die sprachlichen Defizite von Kindern (deutscher wie nichtdeutscher Herkunft) bei der Einschulung enorm verringert werden konnten. Dies ist besonders zu betonen, weil nicht ausreichende Sprachkompetenz eine wichtige Ursache für späteres Schulversagen ist.

b) Bildung für eine nachhaltige Entwicklung wurde durch das Modellvorhaben Transfer-21 in die Berliner Bildungspolitik integriert. Die Schulen werden regelmäßig mit neuen Unterrichtsmaterialien und Informationen zu nachhaltiger Entwicklung versorgt. Wer das Strukturprinzip der Nachhaltigkeit für die gesellschaftliche Entwicklung ernst nimmt, der darf jedoch Bildungsprozesse, die dies befördern sollen, nicht nur als einen besonderen Lehrstoff neben anderen, womöglich sogar nur in einem separaten Schulfach, ansehen. Nachhaltigkeit muss der grundlegende Blickwinkel für die Bildungsinhalte in zahlreichen Schulfächern sein. Das umfasst sowohl naturwissenschaftliche Fächer, als auch Fächer wie Sozial- und Gemeinschaftskunde oder Geographie. Nachhaltige Bildung beginnt bereits bei der praktischen Gestaltung des Schullebens. Grundlegende, übergreifende Fragen der Nachhaltigkeit können im Fach Ethik vermittelt werden, das wir in Berlin als neues Pflichtfach eingeführt haben. Zudem bieten interdisziplinär angelegte Unterrichtseinheiten die Möglichkeit, den Querschnittsansatz von nachhaltiger Entwicklung zu unterstreichen.

Bündnis 90 / Die Grünen

Grüne Bildung für nachhaltige Entwicklung. Klimahauptstadt werden wir nur, wenn alle Menschen mitmachen und nachhaltige Entwicklung auch in der Bildung und Ausbildung einen Platz bekommt. Kindertagesstätten, allgemeinbildende und berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildungszentren müssen dabei unterstützt werden, die Ziele der Bildung für nachhaltige Entwicklung endlich in die Tat umzusetzen. Diese schreibt unter anderem der Orientierungsrahmen der Kultusministerkonferenz fest. Nur so können neue Lebensstile und Verantwortungsbewusstsein für das eigene Handeln langfristig entwickelt und gefestigt werden.

Wir wollen dafür unter anderem die Zusammenarbeit von Schulen mit bestehenden Initiativen und Vereinen der Bildung für nachhaltige Entwicklung erleichtern und verbessern. Die energetische Modernisierung von Schulen wollen wir im Unterricht umwelpädagogisch begleiten.

CDU

a) Der Berliner Senat hat es in den letzten Jahren versäumt, beim Umbau des Schulsystems und der Einführung von pädagogischen Erneuerungen Synergien zu schaffen. Schüler sind unterschiedlich und dürfen nicht einfach ideenlos nebeneinander gesetzt werden. Der Umbau des Schulsystems wird vom Senat ideologisch motiviert vorangetrieben, zum Schaden der Bildungsfähigkeit und der Bildungseffizienz.

Wir wollen den Schülern entsprechend ihren Fähigkeiten und Neigungen unterschiedliche Bildungsangebote machen. Dazu gehört ein leistungsstarkes, differenziert profiliertes Gymnasium mit dem Abitur nach 12 Jahren ebenso wie Bildungsgänge, die in entsprechender Differenzierung zu beruflicher Qualifizierung, der Fachhochschulreife und mit einem Wechsel auf das Gymnasium zum Abitur nach 13 Jahren führen.

Schulversagen ist nicht nur ein Problem der weiterführenden Schulen. Es wirkt sich aber dort besonders gravierend aus, weil Schulabschlüsse nicht erreicht werden. Die Schulabbrecherquote liegt gemäß dem jüngsten Berliner Bildungsbericht noch immer über zehn Prozent und damit deutlich über dem Bundesdurchschnitt, der bei sieben Prozent liegt. Laut Bildungsbericht gibt es schon Defizite bei den Drittklässlern, von denen viele laut Vergleichstest kaum lesen können. Besonders häufig befinden sich diese schwachen Schulen oder Schüler in Neukölln, Kreuzberg-Nord, im nördlichen Spandau, in Reinickendorf-Ost, Wedding und Moabit. Hier erreichen 50% der Grundschüler nur die unterste Lesekompetenzstufe.

Aus Sicht der CDU sind die wichtigsten Präventionsmaßnahmen gegen Schulversagen frühe Bildungsförderung, Stärkung der Eigenverantwortung in der Erziehung, die Einbeziehung der Eltern in die Bildungssteuerung ihrer Kinder, wirkliche Sprachförderung in der Kita, damit die Startchancen in der Schule verbessert werden.

Für optimale Bildungsverläufe und ein effizientes Bildungssystem benötigen die Schulen mehr Eigenverantwortung und genügend gut ausgebildete Lehrkräfte, damit guter Unterricht ohne Unterrichtsausfall und konsequente individuelle Förderung von Schülerinnen und Schülern möglich wird.

Zusätzlich benötigen die Schulen eine Unterstützung durch Fortbildung sowie Konzepte für bedarfsorientierte Interventionsmaßnahmen bei konkretem Schulversagen. Leider wurde unser Antrag zum Ausbau von Beratung und Unterstützung von Kindern, Jugendlichen sowie jungen Erwachsenen in schwierigen Lebenslagen von den Regierungsparteien SPD und Die Linke abgelehnt, ohne eigene Alternativvorschläge vorzulegen oder geeignete Steuerungsmaßnahmen einzuleiten.

Zudem müssen zusätzliche Mittel und besondere Maßnahmen an Schulen in belasteten Gebieten mit einem hohen Anteil leistungsschwacher Schülerinnen und Schüler bereitgestellt werden, damit die Einrichtung von temporären Lerngruppen, gezielter Sprachförderung oder Abbrecherprojekten durch die Personalzumessung auch umsetzbar ist.

b) Das wiederholt schlechte Abschneiden bei internationalen Vergleichstests, wie PISA, und die absehbaren Folgen des demographischen Wandels verlangen dringend ein Umsteuern in der lange Jahre vernachlässigten Bildungspolitik. Bei allen vom Senat eingeleiteten Maßnahmen wurde versäumt, die Qualitäts- und Handlungsziele (Indikatoren) vorab festzulegen. Da es der Senat ablehnt, den Erfolg oder Misserfolg seiner Reformmaßnahmen zu überprüfen, ist ein Nachjustieren und Korrigieren mit vertretbarem Aufwand bisher nicht möglich gewesen.

Für die CDU ist frühkindliche Förderung die wichtigste Investition in die Zukunft und sollte deshalb ohne Wenn und Aber intensiviert werden. Dazu gehören Angebote für Eltern, damit sie ihre Kinder zu neugierigen und aufgeweckten Menschen erziehen können, ein verbessertes Angebot an Ganztagskindergärten und Ganztagschulen sowie die gezielte Förderung jener Mädchen und Jungen mit ausländischer Herkunft oder aus so genannten „bildungsfernen Schichten“.

Die Integration von lernschwachen Jugendlichen ist durch mehr neue zweijährige Ausbildungsberufe mit geringeren Theorieansprüchen sowie eine praxisnähere Berufsvorbereitung zu fördern. Ebenso muss Auszubildenden der Weg zu weiterführender Bildung offen stehen. Dazu bedarf es einer engeren Verzahnung von Berufs- und Hochschulbildung sowie des Ausbaus berufsintegrierter dualer Studiengänge. Vor allem Akademiker aus mathematisch-, ingenieur- bzw. naturwissenschaftlich-technischen (MINT) Studiengängen sind „Mangelware“. Um das seit Jahren in Berlin nachlassende Interesse an diesen Fachrichtungen zu erhöhen, sollten die MINT-Berufe bereits in den Schulen gefördert werden. Insbesondere Mädchen sind stärker an die Naturwissenschaften heranzuführen. Hier hat es der Senat versäumt, genügend junge Fachkräfte einzustellen und geeignete Förderprogramme aufzustellen.

Obwohl sich im letzten Ausbildungsjahr durch die sinkenden Schulabgängerzahlen die Ausbildungsplatzsituation in Berlin leicht entspannt hat, ist das Problem der übergroßen Anzahl an Altbewerbern im Land Berlin weiterhin eklatant vorhanden. Im Gegenteil, es werden im Jahr 2012 die Chancen dieser Gruppe weiter sinken, weil gleich zwei Jahrgänge von Abiturienten auf den Ausbildungsmarkt drängen werden. Deshalb muss ein Konzept, mit einem Maßnahmenkatalog zur Zukunftsfähigkeit des Berliner Berufsbildungssystems vorgelegt werden.

Fehlende Schul- und Hochschulautonomie sind zudem eine wesentliche Ursache für die Bildungsmisere in Berlin. Für die Bildungseinrichtungen selbst sowie für Lehrer und Schüler bleibt in Berlin nur wenig Handlungsspielraum. Es würde genügen, auf allen Ebenen des Bildungssystems verbindliche Leistungsstandards vorzugeben – so, wie es von den Bundesländern für Grundschulen

und die Sekundarstufe I bereits beschlossen, aber noch nicht umgesetzt worden ist. Zudem bedarf es einer regelmäßigen Überprüfung der Leistungen, um die Einheitlichkeit des Bildungswesens und die Gleichwertigkeit der Abschlüsse zu gewährleisten.

Akademische Spitzenleistung muss sich einerseits lohnen und andererseits auch finanzieren lassen. Studiengebühren sind ein probates Mittel, beides gleichzeitig zu erreichen. Sie motivieren den akademischen Nachwuchs, schneller und effizienter zu studieren und sie fördern die Qualität der Lehre und das Renommee der Hochschulen – vorausgesetzt, die Gebühren fließen auch tatsächlich in deren Kassen.

III. Querschnittsaufgaben:

1) Berlin in der einen Welt - globale Verantwortung der Stadt

a) Wie wird eine nachhaltige und faire Beschaffung der Berliner Landes- und Bezirkseinrichtungen nach erfolgter Änderung des Vergabegesetzes jetzt auch praktisch umgesetzt? (A 7, D 1.3)

b) Wie sollen Unternehmen und private Konsumenten zu einem fairen und ökologisch tragfähigen Verbrauch angeregt werden? (A 7, D 1.3, 1.15, 1.23, 1.24, 1.25, 1.26)

FDP

a) Die FDP begrüßt umweltfreundliche, nachhaltige Vorgaben bei der Vergabe von Leistungen. Dazu gehören u.a. die Energieeffizienz und eine Betrachtung aller Kosten über den Lebenszyklus. Diese Vorgaben können über die Leistungsbeschreibung erfolgen und bedürfen keiner gesonderten Vergaberegulierung auf Landesebene.

Wir wollen deshalb das Vergabegesetz abschaffen, da es zur Erreichung der nötigen Ziele nicht nötig ist, aber zusätzliche Bürokratie schafft und gerade auch viele KMUs behindert.

b) Unternehmen und private Konsumenten sind autonome Verbraucher, die keine staatliche Bevormundung benötigen, was sie zu konsumieren haben und was nicht. Was jedoch notwendig ist, ist eine umfassende, transparente und einfach zu verstehende Verbraucherinformation über Herkunft, Inhalte und Produktion von Waren.

Die Linke

a) Es wurde eine Verwaltungsvorschrift mit ökologischen Kriterien erarbeitet, die zur Zeit den EU-Gremien zur Bestätigung vorliegt. Eine Entscheidung wird zum 09.06.2011 erwartet.

Danach sind die zuständigen Verwaltungseinheiten zu schulen. Dem Landesparlament obliegt die Kontrolle der Umsetzung.

b) Zwischen 14 großen Unternehmen und Senatsverwaltungen wurden bereits Kooperationsvereinbarungen im Rahmen der Initiative „Mehrwert Berlin“ abgeschlossen, die ökologische Kriterien zum Inhalt haben.

Für private Konsumenten stehen Beratungsangebote zum Beispiel in Stadtteil- und Nachbarschaftszentren zur Verfügung. Hervorzuheben ist die Initiative „Stadtteilmütter“, die auch finanziell durch den Senat abgesichert wird.

SPD

a) Für die Umsetzung des Vergabegesetzes und seine sozialen und ökologischen Zielsetzungen sind Verwaltungsvorschriften in der Erarbeitung. In die Leistungsbeschreibungen bei Ausschreibungen müssen die jeweiligen ökologischen und sozialen Kriterien als Bedingung möglichst genau hineingeschrieben werden. Dazu ist es wichtig, dass alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in den einzelnen Verwaltungen mit diesen Aufgaben betraut sind, für ihren Bereich die erforderlichen inhaltlichen Schulungen erhalten, damit sie wissen, worauf in ihrem Bereich zu achten ist. Dort wo Sozialdemo-

kratinnen und Sozialdemokraten für die entsprechenden Verwaltungsbereiche Verantwortung tragen, werden sie darauf achten, dass dies geschieht.

b) Nachhaltigkeit als Grundprinzip des Handelns ist ein gesamtgesellschaftlicher Lernprozess, der nach unserer Einschätzung gut vorankommt. Politik kann hier durch das gute Beispiel anregen und Rahmenbedingungen schaffen. Eine nachhaltige Lebensweise als Konsument oder nachhaltiges Wirtschaften als Unternehmen können jedoch, wenn sie gelingen sollen, nur in begrenztem Maße verordnet werden, es sei denn die öffentliche Hand ist selbst Auftraggeber von Unternehmensleistungen. Ziel ist die Beteiligung möglichst vieler Konsumentinnen und Konsumenten zur kritischen Hinterfragung von Produktionsprozessen, Transportwegen und Dienstleistungsangeboten.

Bündnis 90 / Die Grünen

Vorbildfunktion der öffentlichen Hand: Öffentliche Hand und landeseigene Unternehmen kaufen jährlich für etwa 4 Milliarden Euro Waren und Dienstleistungen von Unternehmen ein. Mit unseren Anforderungen an ökologische Qualität und nachhaltige Produktion dieser Güter können wir gezielt einen Beitrag zum Umbau unserer Wirtschaft leisten und Vorbild sein. Wohnungsbaugesellschaften als Vorbilder für energetische Sanierung, die BSR als grüne Expertin der Kreislaufwirtschaft, die öffentliche Verwaltung als Umsetzer von Green IT, die BVG als ein Kernstück der neuen Mobilität - wir haben viele starke Akteure, die es zu nutzen gilt. Ergänzend dazu richten wir ein Monitoring für grüne Beschaffung ein, wodurch wir für Transparenz sorgen und handhabbare Anleitungen für die Unternehmen geben. Wir wollen prüfen, ob wir das sogenannte Schweizer Vergabemodell, bei dem das jeweils teuerste und das billigste Angebot bei der Vergabe nicht berücksichtigt werden, übernehmen.

CDU

a) Auch ohne eine gesonderte Aufnahme im Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetz konnten bislang ökologische Aspekte im Rahmen der Leistungsbeschreibung oder als Zuschlagskriterium bei der Ausschreibung berücksichtigt werden. Die zuständigen Verwaltungsstellen müssen die nach Gesetz vorgeschriebenen Kriterien einhalten. Eine Kontrolle erfolgt durch die dafür vorgesehenen Stellen. Ob diese personell und qualitativ dazu in der Lage sind, muss der Senat bzw. die fachzuständige Verwaltung gewährleisten.

Unsere Unterstützung fand im Zuge der Gesetzesnovelle die Aufnahme der Lebenszykluskosten, wobei bei der Wertung der Wirtschaftlichkeit der Angebote auch die vollständigen Lebenszykluskosten des Produkts oder der Dienstleistung zu berücksichtigen sind.

In einem CDU-Antrag - zur aktiven Unterstützung der ILO Konvention 182 – haben wir uns in dieser Legislaturperiode dafür eingesetzt, dass keine Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit Verwendung finden. Im Speziellen ging es im Zuge der Vergabepaxis darum, nur noch Natursteine (beispielsweise für Grabsteine) zu verwenden, bei denen der Nachweis vorliegt, nicht aus ausbeuterischer Kinderarbeit zu stammen. Diese Initiativen würdigte bereits 2006 die Kinderkommission des Deutschen Bundestages ausdrücklich und rief Städte und Gemeinden dazu auf, die Einführung von Zertifizierungen, wie z. B. „Xerti-fiX“, für Steine aus indischen Steinbrüchen verstärkt zu nutzen, um auf diesem Weg die ausbeuterische Kinderarbeit weiter zurückzudrängen.

b) Die Bereitschaft bei den Bürgern und Unternehmen, ihren Verbrauch an ökologischen und fairen Kriterien zu orientieren, hat längst begonnen. Hier hat es vor allem in den vergangenen Jahren einen erheblichen Wechsel des Verbrauchsverhaltens gegeben.

Bei den fairen Kriterien stehen vor allem Beschaffungsmöglichkeiten im Vordergrund. Hierbei werden heute stärker denn je vor allem Produkte des täglichen Verbrauchs erworben, die aus der Region stammen. Damit werden nicht nur kostenintensive, sondern auch umweltschädliche Transportwege vermieden. Für Berlin bedeutet dies eine Ausweitung in der direkten Versorgung mit Gütern aus Brandenburg. Hier spielen aber beispielsweise eine Erhöhung des Anteils von Angeboten im ÖPNV und innovative Ideen im Individualverkehr eine Rolle.

Ein besonders effizienter Umgang mit der Ressource Wasser ist durch erhebliche Investitionen der Anteilseigner der BWB erzielt worden: Hier konnte der Verbrauch über einige Jahre durch Sanierungsmaßnahmen im Rohrleitungsnetz und über Sparappelle, aber vor allem auch über eine „neue ökologische Sensibilität der Bürger“ erzielt werden.

2) Geschlechtergerechtigkeit

Wie sichern Sie Aufstiegschancen und Lohngleichstellung für Frauen? (A 7, D 1.18)

FDP

Für die Lohnfindung sind die Tarifpartner verantwortlich. Sie stehen in der Pflicht, eine Lohngleichstellung zu erreichen und geschlechterspezifische innerbetriebliche Beurteilungssysteme zu entwickeln.

Es müssen Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden, dass mehr Frauen, Führungsaufgaben übernehmen können. An erster Stelle ist hier eine Flexibilisierung der Kinderbetreuung zu nennen, bei der die Kernbetreuungszeiten an die heutige berufliche Realität angepasst werden müssen.

Die Linke

Ende 2010 haben wir das Landesgleichstellungsgesetz novelliert: Verbindliche Regelungen zur Besetzung der Führungspositionen in landeseigenen Unternehmen, Anstalten und Stiftungen öffentlichen Rechts, zur Frauenförderung im Zusammenhang mit öffentlicher Vergabe und zur paritätischen Besetzung der Gremien mit Frauen und Männern befördern eine effektive Gleichstellungspolitik. Von Berlin aus werden wir eine Bundesratsinitiative starten, deren Ziel es ist, gesetzlich eine verbindliche Quote für Frauen in Aufsichtsräten nach dem norwegischen Vorbild festzuschreiben.

SPD

Gleichstellung der Geschlechter ist ein altes und erklärtes Ziel der SPD. Dies gilt auch für Aufstiegschancen und Lohngleichheit. Wir vertreten schon seit Jahrzehnten die Forderung, dass es für gleiche Arbeit gleichen Lohn geben muss. Im eigenen Bereich haben wir gehandelt. Von acht Senatsverwaltungen werden vier von Frauen geleitet. Auch die Hälfte der Staatssekretärpositionen ist in Berlin

mit Frauen besetzt. Wir haben die Frauenquote in den Aufsichtsräten der landeseigenen Betriebe bereits übertroffen, auch in die Vorstände ziehen immer mehr Frauen ein.

Im privatwirtschaftlichen Bereich will die SPD in der kommenden Legislaturperiode ein Bündnis für Gleichstellung mit verantwortungsbewussten Berliner Unternehmen schließen. Diese verpflichten sich selbst zur Förderung von Frauen in Führungspositionen, zur Aufstellung verbindlicher Frauenförderpläne sowie zur Verwirklichung des Grundsatzes der gleichen Bezahlung von Frauen und Männern für gleichwertige Arbeit. Wir setzen uns zudem für eine gesetzliche Frauenquote von 40 Prozent in Aufsichtsräten und Vorständen ein.

Bündnis 90 / Die Grünen

"Eine Stadt für alle" gibt es nur in einem geschlechtergerechten Berlin, in dem Frauen die gleichen Rechte und Chancen haben wie Männer. Gleichberechtigung ist in unserer Stadt in vielen Fällen noch immer ein uneingelöstes Versprechen - ob bei Einkommen, bei den Karrierechancen oder bei der doppelten Belastung mit Familie und Beruf.

CDU

Wir sehen gleiche Chancen für Frauen und Männer in Beruf, Familie, Politik und Gesellschaft als selbstverständlich an. Wir fördern und fordern einen gleichberechtigten Zugang zum Arbeitsmarkt. Frauen und Männer haben gleiche Möglichkeiten zur Einstellung und zum Aufstieg sowie den gleichen Anspruch auf gleiche Löhne. Unsere Forderung ist bei Weitem noch immer nicht in allen Bereichen realisiert, deshalb werden wir auch die Gewerkschaften, die das auch fordern, aber in den von ihnen abgeschlossenen Tarifverträgen selbst nicht durchsetzen, nicht aus der Verantwortung lassen. Gleichermaßen stehen die Arbeitgeber in der Verantwortung, gleiche Löhne für gleiche Arbeit zu zahlen.

Die frauenspezifische Infrastruktur muss bedarfsgerecht erhalten und durch Projekte und Maßnahmen unterstützt werden, die der beruflichen Förderung von Frauen, der Frauengesundheit sowie der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf dienen. Männer und Frauen teilen sich familiäre Aufgaben partnerschaftlich und fair. Die Akzeptanz, dass Kindererziehung und die Pflege von Angehörigen ebenso Aufgabe von Männern wie Frauen ist, muss selbstverständlich sein. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, setzen wir uns für qualitativ hochwertige Kinderbetreuung und Ganztagschulen ein. Auch Tagesangebote für pflegebedürftige Angehörige und ambulante Dienste sind dabei unverzichtbar.

Mehr Frauen in Führungspositionen wird es aber nicht allein durch eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf geben. Der öffentliche und politische Druck ist unerlässlich, um Frauen in Spitzen- und Führungspositionen zu befördern. Deshalb unterstützen wir die weiteren Bemühungen von Seiten der Bundesregierung mit der Wirtschaft im Hinblick auf die Chancengleichheit. Die Selbstverpflichtung der Unternehmen und mithin die Frauenförderpläne dürfen nicht weiter nur auf dem Papier stehen, sondern sind umzusetzen. Dies wird immer wichtiger werden vor dem Hintergrund des bereits bestehenden und zukünftigen Fachkräftemangels.

Die Wirtschaftsunternehmen selbst sind gefordert und nicht ausschließlich „die Politik“, Frauen durch gezielte Weiterbildungsförderung für Führungspositionen und spezielle Arbeitszeitmodelle anzusprechen.